UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

UfU Informationen
Gerechtigkeit & Umwelt

Ausgabe 9

Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort — Seite 4

Jugendinteressen, Beteiligung und Nachhaltigkeit — Die Möglichkeiten der Beteiligung für junge Menschen — Seite 6

Reiche Menschen müssen den Planeten retten! — Ein Plädoyer für mehr Steuern und Verbote! — Seite 10

Klimaethische Prinzipien — Drei Prinzipien zu den Kosten der Klimarettung — Seite 22

Transparente Zivilgesellschaft—UfU ist Partner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft — Seite 23

Umwelt(un)gerechtigkeit in Berlin — Umweltbelastungen treffen Neukölln härter als Steglitz-Zehlendorf — Seite 24

UfU-Mitgliederversammlung — Seite 28

UfU erhält BNE-Auszeichnung der UNESCO-Kommission — Seite 29

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

UfUINFORMATIONEN

Das UfU-Team im Sommer 2022

Liebes UfU-Mitglied, liebe(r) Freund*in,

warm ist es geworden. Während sich die meisten Menschen verständlicherweise über sommerliche Temperaturen freuen, wird in Frankreich gerade das Wasser knapp, sinken die Wasserstände im Rhein noch früher als im Vorjahr, erlebte Spanien bereits im April Temperaturen von fast 40 Grad. Mit dem Eintreten von Hitzewellen, die inzwischen durch den menschengemachten Klimawandel immer häufiger vorkommen, gehen erneut Diskussionen um zentrale Punkte wie Frischluftversorgung, grüne Infrastruktur, Hitzeinseln, die Versorgung von alten Menschen und weiteren — also Diskussionen um Klimaanpassung einher.

Wir stecken längst drin in der Klimakrise. Auch wenn nach wie vor alles darangesetzt werden muss, eine weitere Verschärfung der Erderwärmung zu verhindern, werden wir um Forschung, personellen und finanziellen Einsatz für Klimaanpassung, gerade in unseren Großstädten, nicht herumkommen. Schon heute leiden viele Menschen in Deutschland an heißen Sommertagen unter zu hoher Luftverschmutzung, geringer Verfügbarkeit von grüner Infrastruktur und Hitzeinseln.

Insbesondere die Finanzierung der Transformation unserer Energieversorgung, unseres Verkehrs und unserer Gebäude muss entsprechend hoch sein, wenn wir die aktuelle Lage nicht weiter verschärfen wollen. Ein Aspekt, der in solchen Diskussionen jedoch immer zu kurz kommt, ist der Gerechtigkeitsaspekt. Gerechtigkeit bedeutet: Gleiches wird gleichbehandelt, Ungleiches wird ungleich behandelt.

Wenn also längst feststeht, dass Länder im globalen Norden die Hauptverursacher der Klimakrise sind, Länder im globalen Süden aber am stärksten unter ihr leiden, dann wirft das grundlegende Fragen bezüglich der globalen Gerechtigkeit auf — Stichwort Klimagerechtigkeit.

Wenn längst feststeht, dass wohlhabende Menschen einen um ein vielfaches höheren CO_2-Fußabdruck haben, als ärmere Menschen, letztere aber durch verschärfte Umweltbelastungen am wenigsten vor den Auswirkungen der Klimakrise geschützt sind, wirft das grundlegende Fragen bezüglich der Gerechtigkeit innerhalb unserer Gesellschaft auf — Stichwort Umweltgerechtigkeit.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die zunehmend starken Auswirkungen des Klimawandels und Belastungen wie Luftverschmutzung, Lärm etc., Menschen in dicht besiedelten Wohn-

gebieten wie beispielsweise Neukölln in Berlin anders trifft, als Menschen im Einfamilienhaus mit Garten in Wannsee. Bleibt man bei diesem Beispiel und vergleicht exemplarisch den CO_2-Fußabdruck der Menschen aus diesen beiden Szenarien, so wird klar, dass die Treibhausgasemissionen der Menschen mit Einfamilienhaus in Wannsee wesentlich höher sind, als der Menschen, die in der Wohnsiedlung in Neukölln wohnen.

Studien von Lucas Chancel vom World Inequality Lab zeigen, dass die unteren 50 Prozent der Bevölkerung in europäischen Staaten und den USA bereits den CO_2-Ausstoß auf ein Level reduziert haben, das den Kriterien von Paris entspricht oder fast entspricht. Diese doppelte Ungerechtigkeit als Nichtverursacher auch noch härter von der Klimakrise betroffen zu sein, als Menschen mit vergleichsweise hohem CO_2-Fußabdruck birgt Spaltungspotential und wirft grundlegende Fragen über die Konstitution unserer Gesellschaft auf.

Sind Emissionen durch Superyachten, Sportwägen, Privatjets, Weltraumtourismus und gigantische Anwesen in der aktuellen Zeit noch zulässig? Können die Kosten der Klimakrise auf die gesamte Gesellschaft übertragen werden oder müssten nicht vielmehr diejenigen die als Hauptverursacher dieser Entwicklungen gelten beispielsweise durch Steuern für Klimaanpassung und den Kampf gegen die Erderhitzung aufkommen?

Diese Fragen müssen dringend diskutiert werden und es lohnt sich dabei, über den Tellerrand hinauszublicken. Denn mit unserer bisherigen Wahl der Mittel hat sich weder das Wohlstandsgefälle in Deutschland verringert, noch sind die CO_2-Emissionen in einem Maße gesunken, das das Einhalten des Pariser Klimaabkommens wahrscheinlich machen.

Aus diesem Grund widmet sich diese Ausgabe der UfU Informationen verschiedenen Gerechtigkeitsaspekten, wie der Jungendbeteiligung (denn vor allem junge Leute werden mit der Klimakrise in Zukunft zurechtkommen müssen), der Umweltgerechtigkeit innerhalb von Städten und der Verursachung von CO_2-Emissionen bezogen auf den Wohlstand. Klimafragen sind immer auch soziale Fragen — Zeit diese zu beantworten.

Jonas Rüffer
Redaktionsleiter

Alina Beigang, Nicole Grummt

Jugendinteressen, Beteiligung und Nachhaltigkeit

Die Möglichkeiten der Beteiligung für junge Menschen

Jugendbefragung

Im Zeitraum 01.08.2022 bis 30.09.20222 führte das UfU eine Online-Jugendbefragung mit dem Titel „Mitreden bei Umwelt und Klima?“ durch, welche sich an junge Menschen im Alter von 14-27 Jahren aus den ostdeutschen Strukturwandelländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg richtete. Fokus war die Untersuchung, inwiefern sich die Pandemiesituation auf die Möglichkeiten, sich bei Umwelt- und Nachhaltigkeitsangelegenheiten zu beteiligen, ausgewirkt hat. Vor allem diese Regionen sind in den nächsten Jahren durch das Beenden des Bergbaus einem starken Strukturwandel ausgesetzt. Um dort ansässige junge Menschen mit ihren Wünschen in die Entwicklung der Region miteinzubeziehen, ist eine Evaluation der Ausgangslage dieser Menschen wichtig. Insgesamt nahmen 179 Menschen an der Umfrage teil.

Beantwortet wurden Fragen u.a. aus den Bereichen Probleme und Problembewusstsein, Selbstwirksamkeit sowie Beteiligungsmöglichkeiten und -wünsche. Die Ergebnisse der Befragung weisen auf ein breit aufgestelltes Problembewusstsein und ein großes Interesse an Umwelt- und Klimafragen der jungen Leute hin. Gleichzeitig werden die eigenen Handlungsmöglichkeiten unterschiedlich und häufig unzureichend wahrgenommen.

Herausforderungen und Handlungsspielräume unserer Zeit aus der Sicht der jungen Generation.

Die Klimakrise bzw. der Klimawandel werden als größtes Problem und größte Herausforderung auf der Erde wahrgenommen (Abb.1). Neben dem Klimawandel und umweltbezogenen Themen sind es vor allem auch soziale Herausforderungen wie Krieg, Armut und (globale) soziale Ungleichheiten, die die Befragten beschäftigen. Junge Menschen setzen sich in umfassender Weise mit ihrer Umwelt und den großen Herausforderungen unserer Zeit auseinander. Sie verstehen die Komplexität und den Zusammenhang von Problemen und plädieren vor diesem Hintergrund in großer Mehrheit dafür, dass Probleme zusammengedacht und -bearbeitet werden müssen, damit sich gute Lösungen entwickeln lassen.

In Bezug auf regionale Herausforderungen werden ebenfalls vielfältige Antworten gegeben. Diese reichen von ausbaufähiger Mobilitätsinfrastruktur über Auswirkungen der Klimakrise wie Hitze und Waldbrände, Sorgen aufgrund des Ukraine-Krieges bis hin zum demographischen Wandel und weiteren Aspekten. Bezüglich persönlicher Herausforderungen spielen die psychische Gesundheit sowie Themen von Umwelt und Klima, die Inflation, Corona und Zukunftsunsicherheiten sowie eigene Handlungsspielräume und Zugehörigkeitsfragen unter jungen Menschen eine wesentliche Rolle.

Auf die Frage, wo sich am meisten für Umwelt & Nachhaltigkeit bewegen lässt, wurde am häufigsten „im persönlichen Alltag“ (z.B. Verpackungen vermeiden, Energie sparen) und „durch dauerhaftes politisches Engagement“ (z.B. in Parteien, Jugendparlamenten oder Jugend(umwelt) verbänden“ ausgewählt.

Die Befragten zeigen eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung und Motivation, sich vor allem auch bei Nachhaltigkeitsthemen zu beteiligen. Jedoch fehlt es oftmals an Wissen um Mitbestimmungsrechte und Möglichkeiten der Beteiligung (Abb. 2).

Die Antworten der Befragung zeigen ebenso eine Diskrepanz zwischen den Lebensbereichen, in denen junge Menschen den Befragten zufolge mitreden und mitentscheiden sollten, und solchen, bei denen die Befragten angeben, sich tatsächlich einbringen und mitgestalten zu können. Besonders frappierend unterscheiden sich die angegebene Idealvorstellung und die wahrgenommenen eigenen Einbringungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in den Bereichen Bundes- und Landespolitik, Bildung/Schule, bei Umwelt/Klima/Nachhaltigkeit und in der Kommunalpolitik (Tab. 1).

Junge Menschen fühlen sich oftmals in ihren Wünschen nicht ernstgenommen. Daher bedarf es, einerseits der Aufklärung über Möglichkeiten zur Partizipation und andererseits der passenden, den Lebenswelten junger Menschen entsprechenden Beteiligungsformate.[1] Darüber hinaus wurden in unserer Befragung weitere Bedarfe

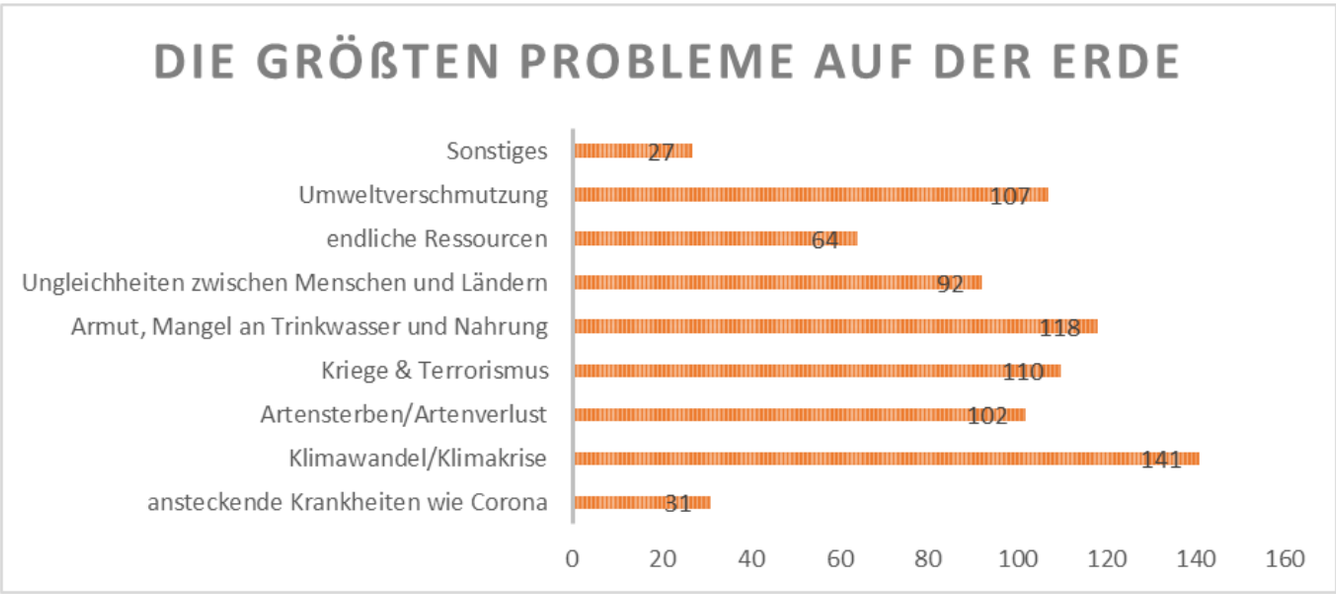


Abbildung 1: „Die größten Probleme auf der Erde sind..." (Mehrfachnennungen möglich), n=179

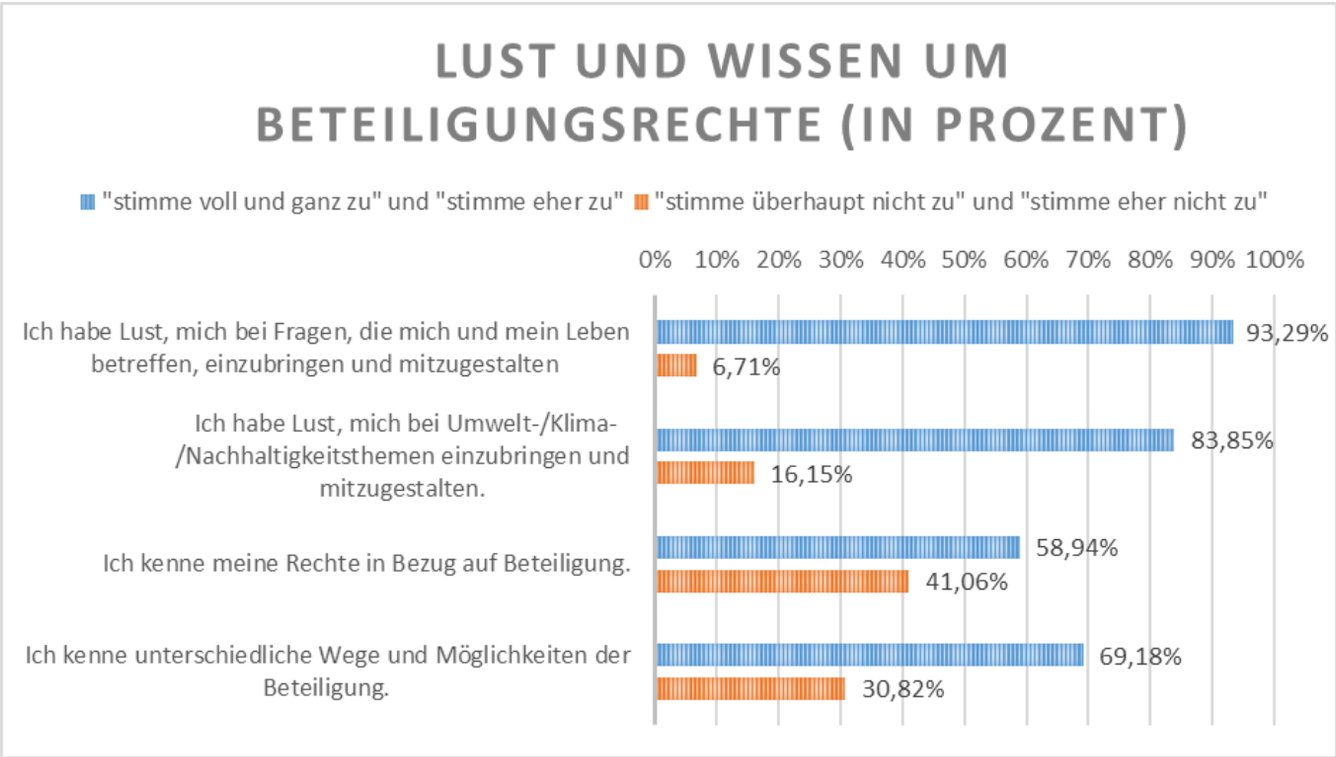


Abbildung 2: Lust und Wissen um Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte (Prozentwerte)

junger Menschen deutlich, wenn Jugendbeteiligung gelingen soll. Sie fordern u.a. mehr freie Zeit, Aufklärung über Mitbestimmungsrechte in Schule, Stadt, Universität und Beruf und mehr Informationen über Angebote zur Beteiligung (Abb. 3).

Die bestehenden organisatorischen sowie strukturellen Defizite, die einer tatsächlich stattfindenden Jugendbeteiligung im Wege stehen, werden als Diskrepanz zwischen dem, was junge Menschen denken, wo sie sich beteiligen und mitbestimmen sollten und dem, wo sie sich ihrem Eindruck nach einbringen können, sichtbar.

Hintergrund, Bezüge und Projektaktivitäten

Hintergrund der durchgeführten Befragung war unter anderem der Wunsch, mithilfe der Ergebnisse die Ausgestaltung des Projekts „RevierUPGRADE“ entsprechend der Bedürfnisse junger Menschen zu entwickeln. In dem Projekt will das UfU gemeinsam mit der BUNDjugend die Jugendbeteiligung an einem sozial-ökologischen Strukturwandel im Mitteldeutschen und im Lausitzer Revier stärken. Denn die Transformationsprozesse im Rahmen des Strukturwandels müssen sich an Fragen der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit, an Verteilungsgerechtigkeit und Verfahrensgerechtigkeit messen, da sie heute schon wichtige Weichen für die künftige Entwicklung stellen. Um zukunftsfähig zu sein, müssen junge Stimmen an den Prozessen besser partizipieren können und sozial-ökologische Aspekte eine zentrale Rolle einnehmen.

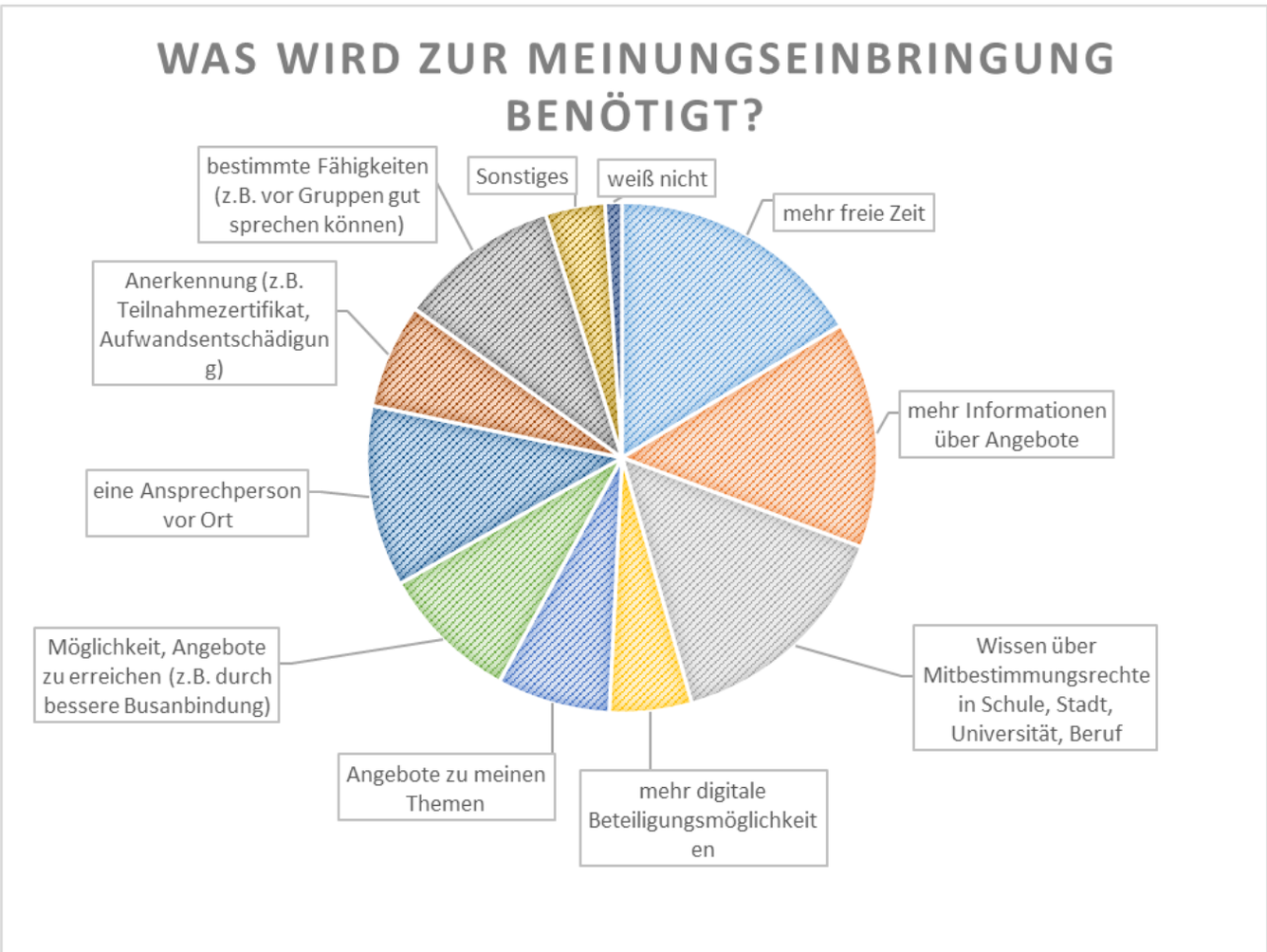


Abbildung 3: „Was wird zur Meinungseinbringung benötigt?“ n= 168

Antwortoption (Mehrfachauswahl möglich)	SOLL „ausgewählt (Prozentwerte gerundet)	KANN „ausgewählt“ (Prozentwerte gerundet)		Differenz der Auswahl (Prozentwerte gerundet)
in der Freizeit(gestaltung)	67%	74%		7%
in der Familie	65%	76%		11%
bei Freunden und Freundinnen	57%	76%		19%
bei Umwelt/Klima/Nachhaltigkeit	80%	41%		-39%
in der Wohngegend/Wohnort	70%	34%		-36%
in der Bildung/Schule	90%	46%		-45%
in der Arbeit	51%	32%		-19%
in der Europa- und/oder Weltpolitik	46%	5%		-41%
in der Bundes- und/oder Landespolitik	57%	15%		-42%

Tabelle 1"Mitreden und mitentscheiden sollten junge Menschen insbesondere..." bzw. "Lebensbereiche, in denen ich mich einbringen und mitgestalten kann:" (Prozentwerte)

Zum Auftakt des RevierUPGRADE-Projekts hat Ende März das Dialogforum *„RevierUPGRADE: Wir. Jetzt. Nachhaltig. - Sozial-ökologischer Strukturwandel von jungen Menschen gestaltet“* in Leipzig stattgefunden. Hier kamen vielfältige Akteur*innen aus den Bereichen Jugendarbeit, Jugendinteressenvertretung, Umwelt, Stadtentwicklung, Nachhaltigkeitsinitiativen und Aktivist*innen zusammen, um gemeinsam neue Ideen zu entwickeln. Stefan Rostock konnte mit einem Vortrag zum Thema Handprint inspirieren. Dieser Ansatz regt an, über den individuellen Fußabdruck hinaus zu denken und den Handabdruck des eigenen gesellschaftlichen bzw. politischen Engagements zu vergrößern, um so nachhaltige Veränderungen aktiv mit zu gestalten. Zudem berichteten Gäste vom Jugendforum Brandenburg und aus der Stadtverwaltung Cottbus von ihren Ansätzen der Jugendbeteiligung auf Landes- bzw. Kommunalebene.

Kommende Projektaktivitäten im Projekt RevierUPGRADE

Im Projekt sind vielfältige Aktivitäten geplant. Aufsuchende Angebote zur Bildung und Beteiligung werden mithilfe von zwei E-Lastenrädern durchgeführt. Des Weiteren werden Workshops und Future Labs zur Orientierung im Bereich Arbeit und Ehrenamt stattfinden, um Engagementmöglichkeiten greifbar und erlebbar zu machen.

Darüber hinaus wird in zwei Jahrgängen ein Coachingprogramm für interessierte Jugendliche und Erwachsene angeboten, um das „Handwerkszeuge“ zur eigenen Interessensvertretung zu erlernen.

Literatur :

1. Rahn, Sebastian; Meyer, Thomas (2021): Jugendhearing „Jugend im Lockdown“ – Wie geht es jungen Menschen mit Corona? Wissenschaftliche Zusammenfassung der Perspektiven und Rückmeldungen aus den Workshops. Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg.

Das Projekt RevierUPGRADE wird unter dem Förderkennzeichen FKZ 67KMN020A gefördert durch das BMUV (im Rahmen des Förderprogramms Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen (KoMoNa)).

Jonas Rüffer

Reiche Menschen müssen den Planeten retten!

Ein Plädoyer für mehr Steuern und Verbote!

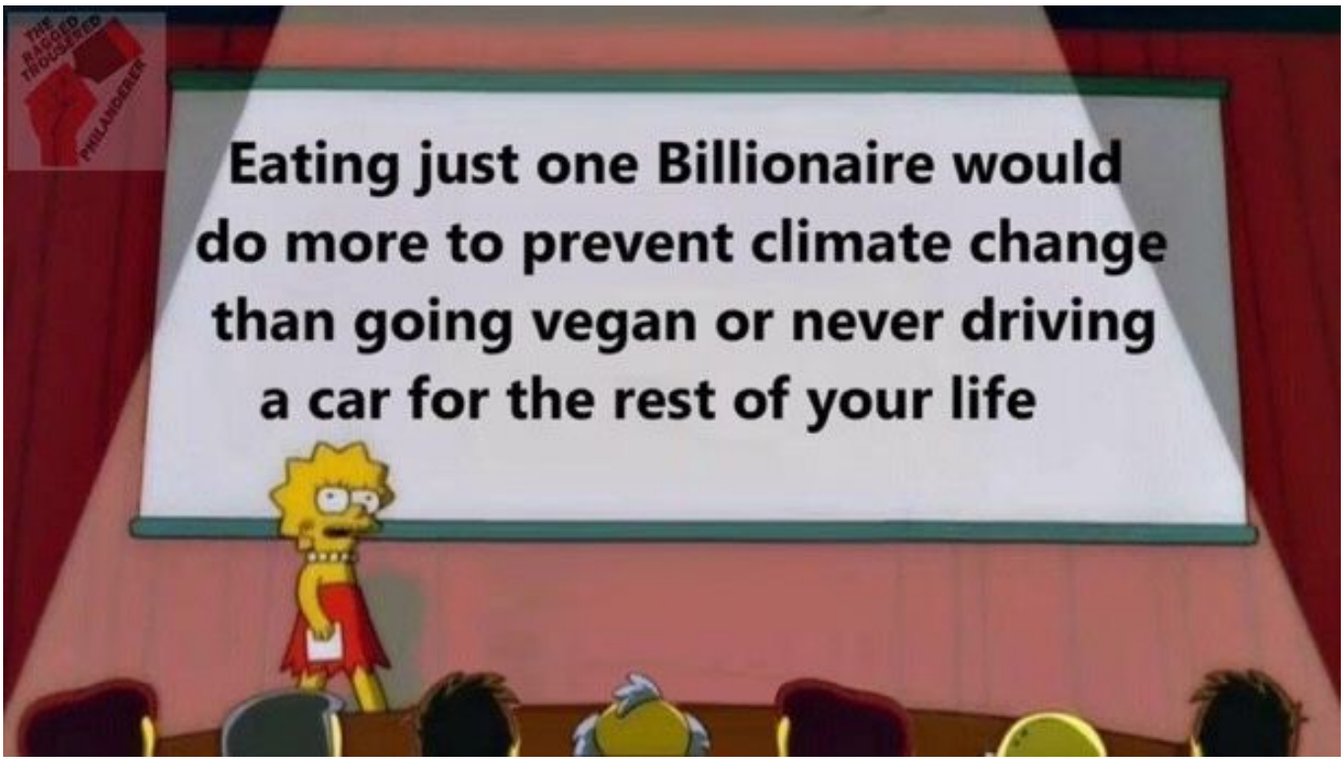


Abbildung 1: Bild eines Tweets von Extinction Rebellion — Dieser nicht ernst gemeinte Wortwitz basiert auf dem Filmtitel „Eat the Rich" und verdeutlicht, wieviel höher die Emissionen von wohlhabenden Menschen im Vergleich zum Durchschnitt sind.

Eine provokative Über- und Unterschrift. Verbote und Steuern im Namen des Klimas, die vor allem eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betreffen – das Konzept ist für einige Menschen mit gemäßigter Ordnungspolitik nicht mehr vereinbar, sondern bedeutet Interventionismus und Beschränkung der persönlichen Freiheit. Warum es sich dennoch lohnen kann unser Konsumverhalten und die richtige Wahl der Mittel zur Transformation zu analysieren, insbesondere in Bezug auf Einkommen, soll dieser Artikel erklären.

Wir konsumieren zu viel und dazu auch noch falsch.

Dies dürfte niemanden überraschen und ist im Jahr 2023 keine Neuigkeit: Die Menschheit (vor allem im globalen Norden) konsumiert eindeutig zu viel und dazu auch noch falsch. Zu viel Fleisch und verarbeitete Lebensmittel, zu viele Autos, zu viel Fast Fashion und Müll – die Liste lässt sich ins Unendliche fortführen. Reiche Gesellschaften wie Deutschland oder die USA haben einen derart großen Ressourcenverbrauch, dass er die Kapazität der Erde mehrmals übersteigt. Wollen wir die Umweltverschmutzung und die globale Temperaturerhöhung in den Griff bekommen und dabei nicht auf ein Wunder hoffen, kommen wir um eine Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs nicht herum. Dies dürfte, zumindest in Deutschland, breiter Konsens sein und unabhängig der politischen Lager auf Zustimmung stoßen.

Höchst umstritten ist jedoch die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Vertreter*innen des Marktliberalismus setzen dabei eher auf technologischen Fortschritt und mögliche Anreizsysteme, andere Stimmen argumentieren, dass nur Verbote und beispielsweise neue Steuern den gewünschten Effekt bringen.

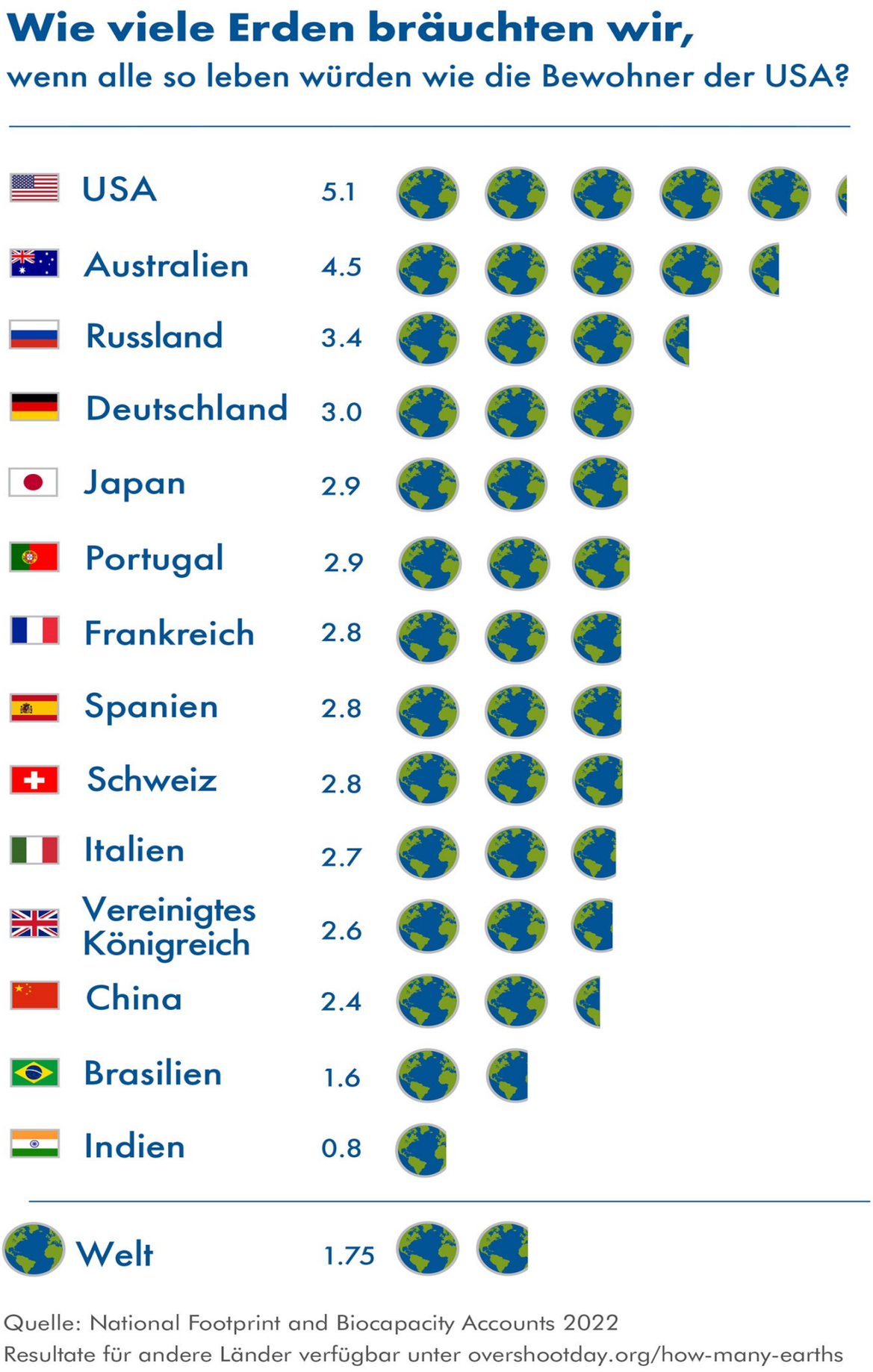


Abbildung 2: Der Ressourcenverbrauch einzelner Länder — Deutschlands Ressourcenverbrauch entspricht dem Äquivalent von 3 Erden.

Prämisse 1: Das Problem wird nicht über die Konsumentscheidungen des Individuums gelöst. Das wäre zu viel Verantwortung für einzelne Menschen.

Um in Deutschland eine Veränderung des Konsumverhaltens zu erzeugen, wird am liebsten mit Anreizsystemen gearbeitet: Man denke beispielsweise an die Abwrackprämie, die Befreiung von der KFZ-Steuer für Elektroautos oder die zahlreichen Subventionen für den Einbau von klimafreundlicher Technologie, zum Beispiel Solaranlagen. Derartige Marktregulierung ist beliebt und stößt im Gegensatz zu neuen Steuern oder sogar dem Einführen von Verboten auf breitere Akzeptanz bei allen politischen Lagern des demokratischen Spektrums und in der Bevölkerung.

Die theoretische Grundlage dahinter ist nicht sonderlich kompliziert: Jeder und jede von uns weiß am besten, nach welchen individuellen Maßstäben, Werten und vor allem Möglichkeiten der- oder diejenige konsumieren möchte und kann. Wir versuchen zwar mithilfe von Siegeln (z.B. staatliches Biosiegel), Warnhinweisen (z.B. Beschriftung von Tabak) und Subventionen den Konsum in eine gewünschte Richtung zu lenken, letztlich soll aber niemand aktiv in seinen Konsummöglichkeiten eingeschränkt werden, wenn es nicht irgendwie sein muss (Ausnahmen sind z.B. Jugendschutz oder Ähnliches).

Mit dieser Haltung wird aber die Verantwortung für unseren Konsum und somit logischerweise auch dem damit verbundenen Ressourcenverbrauch von der Politik und den Produzenten letztendlich auf den Endkonsumenten übertragen, der bei jeder Kaufentscheidung zwischen zahlreichen Faktoren wie den eigenen Werten (z.B. Tierfreundlichkeit, Umweltschutz, Gesundheit) oder finanziellen Möglichkeiten abwägen muss. In der Gesamtheit betrachtet, tragen wir somit alle mit unseren individuellen Konsumentscheidungen tagtäglich auch eine individuelle Verantwortung für die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf den gesamten Planeten.

Problematisch an dieser Einstellung ist, dass es mitunter für komplexe Probleme wie die Klimakrise stärkere Marktregulierung bräuchte, als wir es uns bisher zugestehen möchten. Man kann derart komplexe Sachzusammenhänge wie den anthropogenen Klimawandel oder den globalen Ressourcenverbrauch nicht auf die einzelnen Individuen runterbrechen und ihnen durch ihre individuellen Konsumentscheidungen die alleinige Verantwortung für diese Sachzusammenhänge übertragen.

Denn so logisch wie die Konsumentenverantwortung in ihrer Gesamtheit betrachtet auch sein mag, so wenig zielführend ist sie auf den konkreten Einzelfall heruntergebrochen. Wenn nur jeder und jede das eigene Verhalten ändern würde, wenn wir nur alle weniger Fleisch essen würden und nicht schon wieder neue Markenturnschuhe kaufen würden, weil wir beim Vorbeigehen in der Fußgängerzone einfach nicht widerstehen konnten – die Probleme, die wir alle haben, hätten wir nicht. Fehlen also nur die richtigen Anreize, damit Sie heute den Anfang machen? Kein Urlaubsflug nach Teneriffa mehr? Lastenrad anschaffen und Auto verkaufen? Wohl kaum.

Gruppendruck

Der Verweis auf die Konsumentenverantwortung ignoriert die Tatsache, dass Menschen in einer höchst vernetzten und globalisierten Welt leben. Kauf- und Konsumentscheidungen hängen von Kultur, sozialer Klasse, Persönlichkeitsmerkmalen, Gruppeneinflüssen, zeitlichen Faktoren, finanziellen Möglichkeiten und vielen anderen Faktoren ab. Insbesondere Gruppeneinflüsse, beziehungsweise der Vergleich mit Gruppen und anderen Individuen spielt eine Rolle. Menschen vergleichen sich tagtäglich mit ihrer sogenannten Peer-Group, also Menschen in ähnlichen oder ver-

meintlich ähnlichen Lebenssituationen. Die Pop-Kultur und soziale Medien wie Instagram, Facebook und TikTok treiben dieses ständige Vergleichen mit anderen Menschen auf die Spitze und beeinflussen das eigene Konsumverhalten. Das Ergebnis: Als gefühlt einziger Mensch aufgrund der Klimakrise nicht in den Urlaub zu fliegen, aber gleichzeitig auf Instagram die Urlaubsfotos der Freunde und Bekannten von den Malediven anzusehen, gleicht vielen Menschen einem Schuss ins eigene Knie. Dies führt vor allem in den oberen Einkommenskategorien mitunter zu absurden Vergleichen um die größte Yacht, den längsten Flug im All, die meisten Sportwägen, etc.

Fehlende Informationen

Ein weiteres Problem mit der Konsumentenverantwortung ist das Fehlen von relevanten Informationen über die Auswirkungen des eigenen Verbrauchs. Globale Produktionsketten und ihre Auswirkungen auf den Planeten sind derart komplex, dass sie einzelne Menschen, möchte man sie für ihren Konsum verantwortlich machen, vor unlösbare Aufgaben stellen. Sicherlich kann man argumentieren, dass die meisten Menschen heutzutage wissen, das Billigfleisch nicht sonderlich gut für den Planeten ist und die Bahn eindeutig den Kurzstreckenflügen vorzuziehen ist. Aber schon bei der Frage, ob für den Supermarktkunden in Berlin die regionalen „normalen“ Kartoffeln aus Brandenburg oder die biologischen Kartoffeln aus den Niederlanden nun die aus klima- und naturschutztechnischen Gesichtspunkten bessere Kaufentscheidung sind, hört das Wissen auf. So wird ein simpler Einkauf im Supermarkt zur Gratwanderung zwischen „guten“ und „schlechten“ Produkten. Fakt ist: Für die meisten Produkte, Nahrungsmittel eingeschlossen, ist Expertenwissen über globale Lieferketten und Produktionsweisen notwendig, um die wirklichen Auswirkungen des Konsums dieser Produkte auf den Planeten festzustellen und vor allem Alternativen zu benennen.

Mangel an Alternativen

Weiterhin lässt sich argumentieren, dass einige unserer Konsumentscheidungen unfreiwillig geschehen. Weshalb? Als erstes wären hier mangelnde finanzielle Ressourcen zu nennen – Bio kann sich nicht jeder Mensch leisten. Es kann auch nicht jeder Mensch wie Greta Thunberg zum Klimagipfel mit einem Segelschiff anreisen[1] und kommt deshalb ab und zu um ein Flugzeug kaum herum. Und wer einen Wocheneinkauf für drei Kinder nach Hause bringen muss, kann vielleicht neuerdings ein E-Lastenrad benutzen, aber für viele Menschen bleibt das Auto bei derartigen Entscheidungen, aufgrund äußerer Einflüsse, die erste Wahl.

Geringer Nutzen

Wird über die individuelle Verantwortung für den eigenen Konsum diskutiert, ist das Argument des zu geringen Nutzens eines der am häufigsten vorkommenden. Hätte ein 70 Jahre alter Mensch in Deutschland sein gesamtes Leben kein CO_2 ausgestoßen, hätte er im Durchschnitt so viel Emissionen eingespart wie der weltweite Energiesektor in einer Sekunde ausstößt.[2] Die persönlichen Kosten der eigenen Verhaltensänderungen übersteigen damit für viele Menschen den globalen Nutzen.

Nach mir die Sintflut?

Ist diese Argumentation also ein Freifahrtschein für ungezügelten Konsum? Nein. Zumindest gegen das Argument des geringen Nutzens der eigenen Verhaltensänderungen lässt sich aus moralphilosophischer Sicht Folgendes anführen: Wenn eine bestimmte Art von Handlung ab einer bestimmten Anzahl einen Unterschied macht (etwa, wenn sehr viele Menschen aufhören Fleisch zu essen), dann kann es nicht logisch sein, dass dieselbe Handlung eines Einzelnen keinerlei Signifi-

kanz hätte.[3] Vielleicht macht die einzelne Handlung für das Individuum keinen wahrnehmbaren Unterschied, die moralische Relevanz ist jedoch nicht gleich Null. Macht die einzelne Handlung möglicherweise einen Unterschied? Das können wir nie ganz ausschließen. Bezogen auf unser Konsumverhalten bedeutet dies, dass wir unseren Überkonsum nicht damit rechtfertigen können, dass eine Verhaltensänderung unsererseits keinen Unterschied für den Planeten machen würde.

Man kann durchaus argumentieren, dass wir alle eine gewisse Verantwortung für unseren Konsum tragen, wenn wir wissen, dass dieser schlecht für den Planeten ist. In der Gesamtheit betrachtet, ist dies auch logisch. Es spricht aber einiges dafür, dass wir das Problem unseres Ressourcenverbrauchs nicht damit lösen, dass wir versuchen, die individuellen Kaufentscheidungen von Menschen durch Anreizsysteme zu beeinflussen. Angesichts des uns verbleibenden weltweiten CO_2-Budgets sollte aktiv über die Beschränkung des Konsums mittels Steuern und Verbote nachgedacht werden.

Prämisse 2: Überkonsum findet vor allem bei wohlhabenden Menschen statt.

Auch dieses Faktum ist inzwischen keine Neuheit mehr, wird aber bisher nicht ganz so häufig diskutiert. Untersucht man das Konsum- und vor allem das Investitionsverhalten von Menschen nach Einkommen, sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: Die Investitionen der 125 reichsten Milliardäre der Welt haben einen CO_2-Fußabdruck, welcher mit dem Gesamt-CO_2-Fußabdruck von Frankreich (67 Millionen Menschen) zu vergleichen ist.[4] Es lohnt sich also, erneut einen Blick auf Konsumentscheidungen zu werfen und diese nach bestimmter Vermögensverteilung zu analysieren.

Die Vermögensverteilung in Deutschland

Grundsätzlich gilt: Konsum hängt vor allem von den finanziellen Möglichkeiten ab. Wer nichts zum Tauschen oder Bezahlen hat, kann auch nichts konsumieren. Ebenso gilt: Je höher die fi-

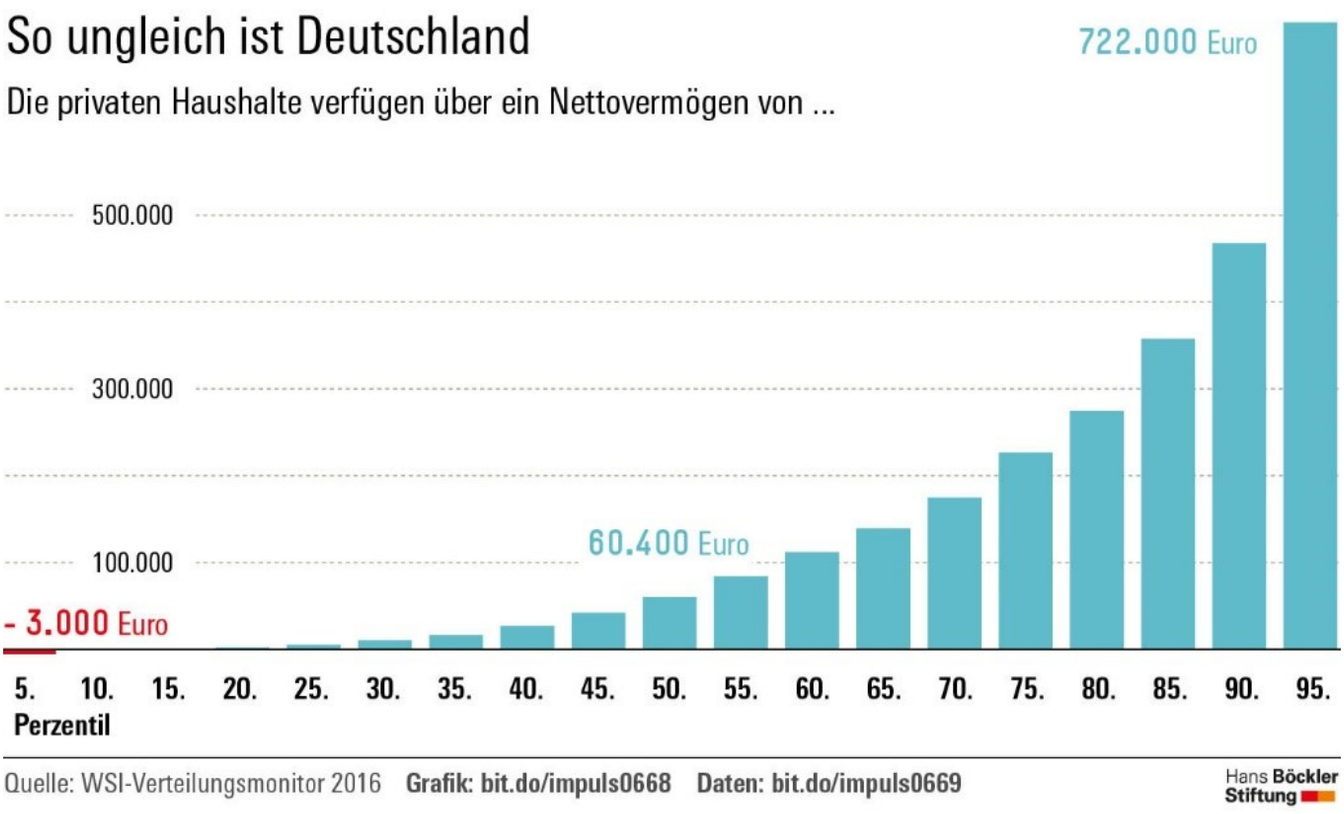


Abbildung 3: Das Nettovermögen in Deutschland— Hans Böckler Stiftung, Wie sind die Vermögen in Deutschland verteilt, Böckler Impuls 04/2017

nanziellen Mittel, desto größer die Möglichkeiten des Konsums und damit auch der Konsumveränderung.

Die oft als Beispiel hervorgebrachte alleinerziehende Krankenpflegerin mit drei Kindern und einem Opel Corsa hat ein anderes Konsummuster als der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. Während es bei der alleinerziehenden Krankenpflegerin schlicht realitätsfern ist, sie zu fragen, warum sie denn kein Elektroauto fährt, sondern den alten Opel Corsa, kann man bei Friedrich Merz durchaus fragen, ob es wirklich nötig war, zur Hochzeit von Christian Lindner im Juli 2022 mit dem eigenen Privatjet nach Sylt zu fliegen.[5]

Was im Beispiel der Krankenpflegerin oft überspitzt dargestellt wird, ist so oder in abgeschwächter Form leider Alltag für viele Menschen in Deutschland. Rund 13 Millionen Menschen in Deutschland sind im Jahr 2021 von Armut bedroht. Das sind ganze 15,8 Prozent der Bevölkerung. Bei 33,2 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland betrug das Nettoeinkommen weniger als 16.300 Euro und etwa 26,6 Prozent waren akut armutsgefährdet.[6] Die unteren 20 Prozent der Haushalte in Deutschland besitzen kein Vermögen, leben also von Monat zu Monat oder haben sogar negative Vermögen, also Schulden.

Für Menschen, die in dieser Einkommensklasse (den unteren 20 Prozent) leben, sind die Mittel zur Verhaltensänderung stark begrenzt. Diese Menschen leben praktisch nur von ihrem Einkommen und können keinerlei Rücklagen bilden. Jemandem, der kaum die Strom- und Gasrechnung bezahlen kann, zu raten, er möge doch bitte einsparen, das sei in der aktuellen Energiekrise notwendig und auch noch gut fürs Klima, ist nicht nur wenig hilfreich, sondern zeugt auch von Ignoranz gegenüber der Lebenssituation dieses Menschen. Ein nicht unerheblicher Anteil der Menschen in Deutschland hat den eigenen Konsum bereits auf ein absolutes Minimum reduziert und keine Möglichkeiten zur Verhaltensänderung mehr.

Dieser bitteren Armut vieler Menschen in Deutschland kann man eine gehörige Reichtumsakkumulation für die oberen Prozent der Bevölkerung gegenüberstellen. Ein Blick auf die Vermögensverteilung in Deutschland zeigt die Ungleichheit unserer Gesellschaft:

- Die oberen 10 Prozent der deutschen Haushalte besitzen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland.[7]
- Das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung besitzt ca. 35 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland.[8]
- Die reichsten 0,0001 Prozent, 400 Haushalte in Deutschland, besitzen 4,7 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland – doppelt so viel wie die 20 Millionen Haushalte, die die ärmere Hälfte Deutschlands bilden.[9]

Mit einer derart ungleichen Vermögensverteilung liegt Deutschland gemeinsam mit Österreich an der Spitze der europäischen Nationen.

Die Vermögensverteilung in Deutschland war nicht immer so ungleich. Tatsächlich gab es in der Vergangenheit bereits Bemühungen Vermögen gleicher zu verteilen und auch Vermögenssteuern gab es schon, unter anderem zur Zeit der Weimarer Republik. Auch in der Nachkriegszeit nach dem zweiten Weltkrieg gab es in Deutschland eine Vermögenssteuer zum gerechteren Lastenausgleich. Forschungen legen nahe, dass die Bundesrepublik unter den Industrienationen eines der egalitärsten Länder war.[10] Seit der Wiedervereinigung gehen die Lager aber wieder auseinander. Die Lage hat sich für die unteren 50 Prozent der Bevölkerung kaum verändert, während die reichsten Menschen in Deutschland ihr Vermögen seit 1993 nahezu verdoppeln konnten.[11]

Die CO_2-Emissionen der oberen Bevölkerungsschichten

Diese extreme Vermögensungleichheit in Deutschland und anderen Ländern hat enorme Auswirkungen auf den individuellen CO_2-Fußabdruck der Menschen. Die Zahlen sind frappierend: Die oberen 1 Prozent der Weltbevölkerung, das sind weniger Menschen als Deutschland Einwohner hat, emittieren mehr CO_2 als die rund 4 Milliarden ärmsten Menschen der Welt.[12]

Um die CO_2-Emissionen von wohlhabenden Menschen zu verstehen, muss zwischen Konsum und Investition unterschieden werden.

Konsum

Der individuelle Konsum der reichsten Menschen auf diesem Planeten hat beträchtliche Ausmaße angenommen und führt mitunter zu abstrusen Geschichten. In Rotterdam gab es im vergangenen Jahr eine Diskussion um den Bau einer Superyacht für Jeff Bezos, drittreichster Mensch der Welt und Amazon-Gründer. Die Yacht wurde derart überdimensioniert geplant, dass für die Durchfahrt zur Nordsee eine historische Brücke der Stadt Rotterdam abgebaut werden sollte. Nach Protest der Bevölkerung wurde die Yacht noch unfertig nachts zu einer anderen Werft in Rotterdam verlegt, um dort fertiggestellt zu werden.[13] Unternehmen wie Würth, Viessmann und Herrenknecht haben eigene Flugplätze, von denen Mitarbeitende mit Privatjets abfliegen oder auf denen Kunden landen. In der ZEIT berichtet der Unternehmer Ulrich Bettermann, dass er aufgrund des Gedränges in den Flughafengängen, den Sicherheitskontrollen und der Abtasterei kaum noch Linie fliege[14] und im Jahr 2022 hoben so viele Privatjets von deutschen Flughäfen ab, wie noch nie (94.000 Starts).[15] Derartige Auswüchse des Konsums sind mit beträchtlichen CO_2-Emissionen verbunden. In den USA stoßen die reichsten 10 Prozent dreimal so viel CO_2 pro Person aus wie der durchschnittliche US-Bürger und fünfmal so viel wie die unteren 50 Prozent in den USA. In China emittieren die oberen fünf Prozent rund viermal so viel CO_2 pro Person wie der durchschnittliche chinesische Bürger.[16] Auf die Spitze treibt es der

Table 1. Estimates of 2018 emissions for twenty billionaires in metric tons of CO_2 equivalent and their 2018 wealth.

Individual and source of wealth			Emissions (in metric tons of CO_2e)			
	Primary source of wealth	Estimated wealth (in 2018 in billions of US dollars)	Dwellings	Transportation	Yachts	Total
Roman Abramovich	Steel magnate, owner of UK's Chelsea soccer team	10.8	274.1	8,484.7	22,440.0	31,198.8
Sheldon Adelson[a]	Casinos	35.5	201.6	4,381.9	7,344.0	11,927.5
Giorgio Armani	Fashion designer	8.9	298.0	10.3	3,672.0	3,980.3
Bernard Arnault	Owner of Louis Vuitton	72.0	180.9	1,264.4	8,976.0	10,421.3
Ernesto Bertarelli	Pharmaceuticals and real estate	8.9	69.4	1,860.3	8,160.0	10,089.7
Jeff Bezos	Founder of Amazon	112.0	171.0	2,053.2	–	2,224.2
Michael Bloomberg	Mass media, politician	50.0	330.6	1,450.9	–	1,781.5
Sergey Brin	Co-founder of Google	47.5	18.5	1,968.4	4,896.0	6,882.9
Michael Dell	Founder of Dell Technologies	22.7	523.8	6,529.2	–	7,053.0
Larry Ellison	Co-founder of Oracle	58.5	241.6	1,988.3	6,936.0	9,165.9
Tilman Fertitta	Food service, sports	4.3	233.7	2,890.1	2,040.0	5,163.8
Bill Gates	Co-founder of Microsoft	90.0	85.5	7,407.6	–	7,493.1
David Geffen	Co-founder of DreamWorks	8.0	71.5	1,988.3	16,320.0	18,379.8
Laurene Powell Jobs	Widow of Apple co-founder Steve Jobs	18.8	215.8	1,988.3	5,304.0	7,508.1
Ann Walton Kroenke	Heiress of Walton fortune (Walmart)	6.6	424.2	3,090.6	6,528.0	10,042.8
Elon Musk	CEO of Tesla Motors and SpaceX	19.9	115.6	1,968.4	–	2,084.0
Larry Page	Co-founder of Google	48.8	16.5	1,968.4	3,264.0	5,248.9
Ronald Perelman	Owner of MacAndrew and Forbes	9.8	186.9	2,053.2	5,304.0	7,544.1
Eric Schmidt	Former CEO of Google	13.4	69.2	1,484.4	1,632.0	3,185.6
Carlos Slim	Telecommunications	67.1	56.8	5.8	2,448.0	2,510.6
Total		**713.5**	**3,785.2**	**54,836.7**	**105,264.0**	**163,885.9**

Notes: [a]Died in 2021.

Abbildung 4: Die CO_2-Emissionen des Konsums der 20 reichsten Milliardäre der Welt— Barros, Beatriz; Wilk, Richard (2021): The outsized carbon footprints of the super-rich, In: Sustainability: Science, Practice and Policy, Vol. 17, No. 1, 316-322

Oligarch Roman Abramovich, der manchen als ehemaliger Besitzer des FC Chelsea bekannt sein dürfte. Er besitzt eine 162-Meter-Yacht, eine Boeing 767 als Privatjet und mehrere teilweise hektargroße Anwesen auf der Welt. Eine Studie von Beatriz Barros und Richard Wilk, die die CO_2-Fußabdrücke der 20 reichsten Milliardäre der Welt untersucht, veröffentlicht in Sustainability: Science, Practice and Policy, schätzt den CO_2-Fußabdruck von Roman Abramovich im Jahr 2018 allein durch seinen Konsum auf 31.198,8 Tonnen CO_2, davon sind 22.440,0 Tonnen nur auf die Yacht zurückzuführen.[17] Zum Vergleich: Der durchschnittliche Bundesbürger in Deutschland stößt ca. 10 Tonnen CO_2 pro Jahr aus, der globale Durchschnitt liegt bei 6 Tonnen CO_2 pro Person.[18]

Dieser extravagante Lebensstil ist mit enormen Kosten verbunden, die, siehe den Artikel Umweltgerechtigkeit in dieser Ausgabe, vor allem den ärmeren Menschen angelastet werden. Dementsprechend sind derartige, CO_2-intensive Lebensstile auch aus gerechtigkeitstheoretischer Sicht höchst problematisch. Bei derartigem Konsum wird schnell klar, was im ersten Abschnitt erläutert wurde: An dieser Stelle helfen auch keine Anreizsysteme mehr. Menschen mit derartigem Reichtum werden von unseren bisherigen Versuchen, Konsum in eine klimaverträgliche Richtung zu lenken, nicht erfasst.

Investitionen

Betrachtet man neben dem Konsum zudem die Investitionen von wohlhabenden Menschen, wird deutlich: Reiche Menschen verursachen durch ihre Investitionen in CO_2-intensive Industrien enorme Emissionen. Rechnet man Konsum und Investitionsverhalten zusammen, sind die reichsten 10 Prozent der Menschen für 48 Prozent der globalen CO_2-Emissionen verantwortlich. Im Vergleich: Die unteren 50 Prozent der Weltbevölkerung sind nur für 11,5 Prozent der globalen CO_2-Emissionen verantwortlich.[19] Lucas Chancel, Mitarbeiter am von Thomas Piketty gegründeten World Inequality Lab listet die Daten der CO_2-Emissionen nach Einkommensverteilungen in verschiedenen Regionen der Welt auf. Alle Regionen haben eins gemeinsam: Die pro Kopf Emissionen der oberen 10 Prozent in einer Region erreichen ein Vielfaches gegenüber den untern 50 Prozent einer Region. In Nordamerika ist die Differenz der CO_2-Emissionen zwischen Arm und Reich am stärksten. Es wird allerdings auch deutlich, dass die Höhe der Emissionen von Region zu Region unterschiedlich ist. Selbst die unteren 50 Prozent der amerikanischen Bevölkerung stoßen mit ihrem durchschnittlichen CO_2-Austoß von 10,4 Tonnen pro Jahr fast so viel CO_2 aus, wie die oberen 10 Prozent der Menschen in Süd- und Südostasien. Für Europäer sehen die Daten im Jahr 2019 wie folgt aus: Die oberen 10 Prozent der wohlhabendsten Europäer stoßen 29,4 Tonnen CO_2 pro Jahr aus. Dem gegenüber stehen die unteren 50 Prozent der gesamten europäischen Bevölkerung, die 5,1 Tonnen CO_2 pro Jahr ausstoßen.[20]

Kritiker dieser Art von Berechnung werfen an dieser Stelle gerne ein, dass Investitionen in Unternehmen nicht berücksichtigt werden sollten. Denn Unternehmen sichern Arbeitsplätze und Wohlstand und kommen somit allen Menschen zu Gute. An dieser Stelle muss jedoch ein grundsätzlicher Widerspruch der Unternehmensinvestition verdeutlicht werden:

Wer in ein Unternehmen investiert, Aktien hält oder ein Unternehmen betreibt, tut dies um Gewinne abzuschöpfen, macht also bei richtiger Investitionsentscheidung Gewinn. Produziert das Unternehmen aber gleichzeitig sogenannte externe Kosten in Form von CO_2-Emissionen, Müll oder anderer Umweltverschmutzung werden diese bisher nicht vom Gewinn des Investors oder Unternehmens in Form von Steuern oder Abgaben ab-

gezogen, sondern der Allgemeinheit angelastet. Es wird also Gewinn auf Kosten der Umwelt und Allgemeinheit erwirtschaftet.

Wir kommen um Verbote und Steuern nicht herum.

Wie im ersten Abschnitt erläutert, ist es schlicht utopisch darauf zu hoffen, dass sich alle Menschen in Zukunft ihres eigenen Ressourcenverbrauchs besinnen und rationale, für den Planeten günstige Konsumentscheidungen fällen oder fällen können. Die Voraussetzungen für Konsumänderungen in einem Markt wie dem aktuellen sind einfach zu groß. Das Fehlen von Informationen, irrationale und/oder durch Peer-Groups ausgelöste Kaufentscheidungen, Mangel an Alternativen oder schlicht der Mangel an finanziellen Ressourcen machen es für einzelne Individuen schwierig, ihren Bedarf an Ressourcen in Verträglichkeit mit den planetaren Grenzen zu bringen.

Unsere bisherigen Ansätze, das Konsumverhalten durch Instrumente wie Subventionen zu verändern, aber größtenteils den Markt (also den Endkonsumenten) entscheiden zu lassen, haben nur bedingt zur Lösung des Problems beigetragen. Nicht selten führen unsere Anreizmechanismen zu Rebound-Effekten, wirken gießkannenartig anstatt zielgenau, dienen besonders wohlhabenden Menschen mehr als einkommensschwachen oder treffen sogar die Falschen. Beispiele hierfür sind klimaschädliche Subventionen für Kerosin oder die Pendlerpauschale.[21]

Die oben erläuterten Probleme der Vermögensverteilung und Konsumentenverantwortung sprechen dafür, dass wir stärker in den Markt eingreifen müssen und klimaschädlichen Konsum, Investitionen und übermäßigen Ressourcenverbrauch stärker beschränken müssen. Dabei werden wir um Verbote und neue Steuern nicht herumkommen.

Die Beschränkung der Freiheit

Die Angst vor Verboten und anderen starken Eingriffen in den Markt ist groß. Man denke an die jüngsten Diskussionen um das Verbrennerverbot in der EU, den Begriff „Verbotspartei“ oder an die aktuelle Debatte zur geplanten Wärmewende in Deutschland. Skandalisiert durch bestimmte Medien und politische Lager wirkt die Kritik an neuen Steuern oder Verboten oft als Nebelkerze und suggeriert, hier würden dem Menschen grundsätzliche Freiheiten genommen.

Wer jedoch einmal einen Blick in die Verordnung eines Kleingartenvereins geworfen hat (z.B. Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V.: Festlegung der Heckenhöhe auf 1,25 Meter und Begrenzung eines Kinderspielhauses auf maximal 2 Quadratmeter und 1,25 Meter Höhe),[22] eine Feier nach 22 Uhr in der eigenen Wohnung veranstaltet hat[23] oder einfach nur versucht hat, auf einem Markt selbstgebackenen Kuchen zu verkaufen,[24] wird schnell feststellen, dass es kaum noch Bereiche gibt, die nicht in irgendeiner Weise reguliert sind. Für nahezu alles haben wir Gesetze und Verordnungen in unserer Gesellschaft. Wer auch immer das Bild von Bürger*innen zeichnet, die so schnell fahren dürfen wie sie wollen, kaufen und konsumieren dürfen, was sie wollen und auch sonst eigentlich tun und lassen dürfen, was sie wollen, ohne vom Staat dafür behelligt zu werden, hat ein verzerrtes Bild von unserer Realität.

Angesichts der uns entrinnenden Zeit, die wir noch haben, bis wir das CO_2-Budget für die 1,5 Grad Marke aufgebraucht haben, sollten wir uns von dieser vermeintlichen Hysterie um Verbote nicht weiter aufhalten lassen und anstatt immer wieder auf Marktmechanismen und den Endverbraucher zu setzen, die Regierung in die Pflicht nehmen, klimaschädlichen Konsum zu beschränken.

Welche Verbote sind sinnvoll?

Hierzu muss angemerkt werden, dass es vorrangig Aufgabe der Politik ist, dies zu evaluieren. Wir alle müssen konsumieren und nahezu jede Art von Konsum stößt CO_2-Emissionen aus. Da allerdings aufgrund der Vermögensverteilung eindeutig ist, dass eine große Gruppe an Menschen nur begrenzte Möglichkeiten des Konsums hat, macht es Sinn, zwischen Konsumgruppen zu unterscheiden. Ein Essay von Philippe Benoit, ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank und Senior Researcher an der Columbia University in New York, schlägt eine Unterteilung in vier Konsumgruppen vor:

1. Basisverbrauch – z.B. Essen und Unterkunft
2. Konsum zur Einkommensgewinnung – z.B. Transport zur Arbeit
3. Freizeitkonsum – z.B. Kino
4. Extravaganter Konsum – z.B. Sportwägen, Yachten, Weltraumtourismus

Was sich hier abzeichnet ist ein Nullsummenspiel. Je mehr CO_2 für Konsumgüter der Klasse Vier verbraucht wird, desto weniger CO_2 bleibt vom gesamten CO_2-Budget für Konsumgüter der Klasse Eins übrig.[25] Wie die Daten über den Konsum besonders reicher Menschen aus den vorherigen Abschnitten belegen, verbrauchen diese teilweise als Individuum durch ihren extravaganten Lebensstil das Budget von mehreren tausend Menschen. Dementsprechend liegt es nahe zu hinterfragen, ob eine Yacht wie die von Herrn Abramovich oder Jeff Bezoz tatsächlich gebaut und betrieben werden sollte und darf.

Ein bereits bekanntes Beispiel eines Verbots, das in diese Richtung geht, liefert der Amsterdamer Flughafen Schiphol. Dieser kündigte Anfang 2023 an, aufgrund von Klimaschutz, ab dem Jahr 2025 keine Privatjets und Nachtflüge mehr am Flughafen zu bedienen.[26] Andere bereits bekannte Vorschläge wären das Verbot von Leerflügen oder Kurzstreckenflügen für Airlines[27] oder das Verbot von SUVs.[28] Auch der Weltraumtourismus gerät immer stärker in Kritik, rettet sich aber aktuell noch dadurch, dass er die Raumfahrtforschung mitfinanziert.[29]

Bei Verboten wie dem von Privatjets, Luxusyachten und Weltraumtourismus geht es nicht alleine um die Frage des Nutzens für das Klima. Hier kommen gerechtigkeitstheoretische Aspekte ins Spiel. Man wird einem Großteil der Bevölkerung einfach schwer vermitteln können, warum sie ab 2035 keinen Verbrenner mehr anmelden können und in Zukunft Wärmepumpen einbauen müssen, während Superreiche wie Jeff Bezoz oder Elon Musk für ihre Ausflüge ins All das CO_2-Budget eines durchschnittlichen Menschen um ein Vielfaches sprengen. Will man den Rückhalt in der Bevölkerung für den Kampf gegen die Klimakrise nicht verlieren, sind solche extravaganten Konsumverhalten zu hinterfragen.

Welche Steuern sind sinnvoll?

Die meisten Wissenschaftler*innen halten das Einführen von gesonderten Steuern jedoch für sinnvoller. Dabei ist es wichtig, dass diese Steuern nicht nur den Emittenten der Treibhausgase tangieren, sondern auf das oben beschriebene Einkommensgefälle Rücksicht nehmen. Lucas Chancel vom World Inequality Lab betont, dass bisherige Steuern, die mit CO_2-Ausstoß verbunden waren, einkommensschwache Haushalte und Haushalte mit im Vergleich niedrigem CO_2-Ausstoß unproportional härter getroffen haben, als die oberen vermögenden Schichten.[30] Beispielsweise hat der Versuch in Frankreich, eine Ökosteuer auf Benzin und Diesel zu erheben (diese hätte die untere Mittelschicht am härtesten getroffen) zum Aufkommen der Gelbwestenbewegung geführt.[31] Auch die generelle CO_2-Steuer hat die ungleiche Vermögensverteilung bisher nicht adressiert.[32]

Bekannt ist bereits die Diskussion um die Vermö-

genssteuer. Sie trifft vor allem den wohlhabenden Teil der Bevölkerung, der wie die Zahlen oben belegen, für einen Großteil des CO_2-Ausstoßes innerhalb einer Gesellschaft verantwortlich ist. Problematisch ist jedoch nicht nur die bisher komplizierte Berechnung des Vermögens, sondern auch die Tatsache, dass reiche Menschen dadurch automatisch in Sippenhaft genommen werden, wenn die Steuer mit der Begründung des klimaschädlichen Konsums eingeführt wird. Eine Vermögenssteuer würde also die individuellen Konsumentscheidungen und Investitionsentscheidung der Menschen nicht berücksichtigen.

Philip Benoit schlägt eine Luxussteuer für die oben beschriebenen Luxusgüter der Klasse vier vor. Je nachdem, wieviel CO_2 vom gemeinen CO_2-Budget für das extravagante Gut wie beispielsweise Weltraumtourismus aufgefressen wird, wird die Höher der Steuer definiert. In seinem Beispiel würde ein Weltraumtourismustrip, der ca. 250.000 Dollar kostet, noch zusätzlich 100.000 Dollar Luxussteuer kosten. Dies würde dazu führen, dass entweder die Nachfrage nach diesen extravaganten Gütern sinkt oder die Innovation, diese Güter klimafreundlicher anzubieten, angeschoben wird.[33]

Lucas Chancel vom World Inequality Lab nimmt die Investitionen vermögender Menschen stärker in den Blick. Er schlägt eine Steuer auf Investitionen vor. Demnach müssten beispielsweise bei Aktienunternehmen die Anteilseigner den Prozentsatz der direkten Emissionen mit einer Gebühr bezahlen, der äquivalent zu ihrem Anteil am Unternehmen ist. Am Beispiel von VW wären das beispielsweise in Deutschland 95 Milliarden Euro zusätzliche Steuern, wenn eine Tonne CO_2 150 Euro kosten würde.[34] Der Vorteil: Diese Steuer trifft vor allem reiche Menschen, die in besonders emissionsreiche Industrien investieren. Je geringer der CO_2-Ausstoß der Industrie, in welche investiert wird, desto geringer die Steuer. Die Steuer wirkt sich also auch auf die Rendite der Investition aus und macht klimafreundliche Industrie anlageattraktiver. Gleichzeitig könnte die Steuer progressiv eingeführt werden. Wenn die Steuer beispielsweise erst ab Investitionen angesetzt wird, die dem jährlichen Äquivalent von fünf Tonnen CO_2 pro Kopf entsprechen, würden fast 100 Prozent der Gesamtsumme auf die obersten 10 Prozent der weltweiten Bevölkerung entfallen. Die unteren 77 Prozent der US-amerikanischen und unteren 90 Prozent der europäischen Bevölkerung wären mit ihren bisherigen Investitionen nicht von einer derartigen Steuer betroffen.[35]

Fazit:

Diese Erläuterungen und vor allem die Daten des World Inequality Labs zeigen, dass der globale Ressourcenverbrauch und damit auch die Treibhausgasemissionen mit Einkommen, Investitionen und Vermögen eng verbunden sind. Wir brauchen den Mut und haben aus gerechtigkeitstheoretischer Sicht die Verantwortung, diesen Gesichtspunkt stärker in den Fokus zu nehmen. Wir können die Kosten der globalen Erderhitzung und die Kosten der Transformation nicht auf alle Menschen gleich verteilen, sondern müssen den Anteil an der Verursachung von CO_2-Emissionen dabei berücksichtigen. Das schließt das Verbot von extravagantem Konsum wie Superyachten mit ein. Eine stärkere Besteuerung von klimaschädlichem Konsum, die wie im oben genannten Beispiel progressiv angelegt ist, schont dabei Kleinanleger, bietet aber trotzdem die Möglichkeit, Geld für den Klimaschutz und zur Klimaanpassung an der Stelle zu schöpfen, an der auch die Kosten entstehen.

Quellenverzeichnis:

1. Greta Thunberg in New York angekommen, In: Spiegel Online, 28.08.2019 John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.109
2. Ritchie, Hannah; Roser, Max; Rosado, Pablo (2020): CO_2 and Greenhouse Gas Emissions, In: Our World in Data
3. Kagan, Shelly (2011): Do I Make a Difference? In: Philosophy & Public Affairs 39 (2), S. 105-141.
4. Nafkote, Dabi et al. (2022): Carbon Billionaires: The investment emissions of the world's richest people, In: Oxfam International
5. Efler, Marcus, Flugzeug von Friedrich Merz: So schnell ist es, so viel kostet und verbraucht es, In: tz, 03.08.2022
6. Armut in Deutschland: Ein Überblick, Malteser
7. Wie sind die Vermögen in Deutschland verteilt, In: Böckler Impuls Ausgabe 04/207
8. Studie: Reichste zehn Prozent besitzen gut zwei Drittel des Vermögens, In: Handelsblatt, 15.07.2020
9. Diekmann, Florian, 45 Deutsche besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, In: Spiegel Online, 23.02.2018
10. Oberhuber, Nadine, Die Deutschen sind vermögender als gedacht, In: Capital, 19.09.2022
11. Oberhuber, Nadine, Die Deutschen sind vermögender als gedacht, In: Capital, 19.09.2022
12. Sander, Lalon, Klimakiller Superyachten, In: taz, 13.11.2021
13. Jeff Bezos' Mega-Yacht „Y721" heimlich aus der Werft geschleppt, In: Yacht
14. Knuth, Hannah; Rohwetter, Marcus, Ein himmlisches Geschäft, In: Zeit Online, 12.03.2021
15. Frank, Marie, Druck gegen Luxus-Dreck, In: taz, 30.05.2023
16. Benoit, Phillipe (2020): A Luxury Carbon Tax to Address Climate Change and Inequality: Not All Carbon is Created Equal, In: Ethics & International Affairs
17. Barros, Beatriz; Wilk, Richard (2021): The outsized carbon footprints of the super-rich, In: Sustainability: Science, Practice and Policy, Vol. 17, No. 1, 316-322
18. Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, In: nature sustainability 5, 931-938
19. Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, In: nature sustainability 5, 931-938
20. Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, In: nature sustainability 5, 931-938
21. Grübler, Arnulf, Warum dieser Klimawissenschaftler unbedingt die Reichen besteuern will: „Tax the drity rich", In: Moment, 05.04.2022
22. Empfehlung einer allgemeingültigen Rahmen-Gartenordnung für Kleingartenanlagen der Berliner Bezirke, Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V., 23.04.2022
23. Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin (LImSchG Bln), §3 Schutz der Nachtruhe
24. Selbstgebackene Kuchen und Torten verkaufen: Voraussetzungen?; Existenzgründungsportal des BMWK, Juli 2017
25. Benoit, Phillipe (2020): A Luxury Carbon Tax to Address Climate Change and Inequality: Not All Carbon is Created Equal, In: Ethics & International Affairs
26. Amsterdam: Aus für Nachtflüge und Privatjets, In: zdf heute, 04.04.2023
27. Greenpeace rechnet mit 100.000 Leerflügen in Europa, In: Der Standard, 01.02.2022
28. Wege aus der Energiekrise: Parteichefin Wissler bringt SUV-Verbot ins Spiel, In: ntv, 14.03.2022
29. Westram, Heike: Den höchsten Preis bezahlt die Umwelt, In: ARD alpha, 24.11.2022
30. Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, In: nature sustainability 5, 931-938
31. Rohrbeck, Felix; Wahls, Rina, Die Reichen schaden dem Klima – also sollen sie es retten, In: Zeit Online, 22.02.2023
32. Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, In: nature sustainability 5, 931-938
33. Benoit, Phillipe (2020): A Luxury Carbon Tax to Address Climate Change and Inequality: Not All Carbon is Created Equal, In: Ethics & International Affairs
34. Rohrbeck, Felix; Wahls, Rina, Die Reichen schaden dem Klima – also sollen sie es retten, In: Zeit Online, 22.02.2023
35. Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, In: nature sustainability 5, 931-938

Dr. Christoph Herrler

Klimaethische Prinzipien

Drei Prinzipien zu den Kosten der Klimarettung

Klimaretten kostet. Nicht nur Geld, sondern zum Beispiel auch Zeit, materielle Ressourcen, Arbeitsplätze in bestimmten Branchen und nicht zuletzt Nerven. Das wirft die Frage auf, wer denn diese Kosten zu schultern habe. Global und intergenerationell gesehen ergibt sich daraus ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit. In der Klimaethik werden diesbezüglich drei Prinzipien als diskutabel angesehen.

Das Verursacherprinzip (VP)

Das Verursacherprinzip (VP) besagt: Wer den Schaden *verursacht* hat, soll ihn auch beseitigen. Dieses nicht nur in der Umweltpolitik (z.B. §13 BnatSchG) gängige, sondern für viele auch intuitiv naheliegende Prinzip würde bedeuten, dass insbesondere die Verursacher des Klimawandels für Klimaschutz zuständig sind. Das VP ist in diesem Sinne also ein historisches Prinzip, da es den Anspruch hat, auch vergangene Treibhausgasemissionen miteinzubeziehen. Allerdings zeigen sich bei genauerer Betrachtung einige Schwierigkeiten: Sollen alle Emissionen seit Beginn der Industrialisierung berücksichtigt werden – oder nur ab einem Jahr, ab dem man nicht mehr von einer entschuldbaren Unkenntnis über die Auswirkungen ausgehen kann (z.B. 1990, in dem der erste IPCC-Bericht erschien)? Sind dabei alle Emissionen gleich zu gewichten – oder sollte nicht besser zwischen lebenswichtigen Subsistenzemissionen und Luxusemissionen unterschieden werden? Und widerspricht es nicht eigentlich dem Grundgedanken des Prinzips, wenn man so womöglich für die Fehler der (oft mitunter bereits verstorbenen) Vorfahren belangt wird?

Das Nutznießerprinzip (NP)

Gerade diese letzte Frage versucht das Nutznießerprinzip (NP) zu beantworten: Ihm zufolge ist nicht die Verursachung entscheidend für einen höheren Grad an Verpflichtung, sondern die Tatsache, dass man von treibhausgasintensiven Entwicklungen *profitiert* (hat). Dass dies gerade in Industrieländern mit ihrem relativ hohen Lebensstandard der Fall ist, ist wohl nur schwer zu bestreiten. Doch schon bei der Frage, wie groß der Spill Over-Effekt auf andere Länder ist, wird es knifflig: Profitieren letztlich nicht alle Länder vom medizinischen Fortschritt, egal wo dieser entstanden ist? Noch schwieriger dürfte allerdings die Frage sein, wie sich Treibhausgase nach diesem Prinzip quantifizieren und historisch verorten ließen (zumal sich die Staatenwelt seit der Industrialisierung ja auch geändert hat) – Stichwort ‚graue Emissionen'. Wie auch das VP muss das NP mit historischen Emissionen umgehen, die einige Probleme aufwerfen – sodass manche Wissenschaftler*innen aus pragmatischen Gründen sogar von deren Berücksichtigung abraten.

Das Zahlungsfähigkeitsprinzip (ZP)

In diesem Sinne ahistorisch ist das Zahlungsfähigkeitsprinzip (ZP): Wenngleich sich in diesem Kontext auf die in Relation häufig deutlich höheren Emissionen von Wohlhabenderen verweisen lässt, ist die historische Verursachung des Klimawandels bei diesem Prinzip nicht von Belang. Es belegt schlicht diejenigen, die *zahlungsfähiger* sind, d.h. es sich einfacher leisten können, mit höheren Klimaschutzkosten. Allerdings kann es dadurch nicht die Generierung des Wohlstands berücksichtigen – reiche Klimaschützer müssten ebenso zahlen wie reiche sog. ‚Klimasünder'. Dies widerspricht vermutlich dem Gerechtigkeitsempfinden vieler. Umgekehrt besteht der Vorteil des Prinzips darin, relativ einfach umsetzbar zu sein – schließ-

lich fällt es nicht allzu schwer, den Wohlstand zu messen.

Ein mögliches Ergebnis wäre, das praktikable ZP mit einem der beiden historischen Prinzipen zu kombinieren, um eine faire Kostenverteilung zu erreichen. Für welche Prinzipien man sich auch entscheidet – letztlich wird es vermutlich immer darauf hinauslaufen, dass global gesehen der reichere Norden, und intergenerationell betrachtet, die gegenwärtige Generation an ihre Verantwortung erinnert wird, den Klimaschutz deutlich intensiver zu verfolgen als bisher.

Siehe für eine ausführlichere Diskussion: Herrler, Christoph (2017): Warum eigentlich Klimaschutz? Zur Begründung von Klimapolitik. Baden-Baden (Nomos), Kapitel IV.2.

UfU Gesamt

Transparente Zivilgesellschaft

UfU ist Partner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Als kritisch denkende NGO sind wir es gewohnt, selber kritisch betrachtet und hinterfragt zu werden. Und das ist auch gut so. Denn wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Sind unsere Handlungen noch zeitgemäß? Laufen wir Gefahr eine gesellschaftliche Veränderung zu verpassen? Neigen wir zu Silodenken? Insbesondere bei unserer Arbeit mit internationalen Partner*innen ist es enorm wichtig, dass wir uns stetig hinterfragen. Gleichzeitig müssen wir als Vorbild vorangehen.

Um unserer Verantwortung gerecht zu werden, stellen wir so weit es geht Transparenz her. Alle unsere Projekte sind öffentlich einsehbar, wir listen alle Menschen, die bei uns arbeiten auf und unser jährlicher Jahresbericht und die dazugehörige Gewinn- und Verlustrechnung zeigen auf, welche Mittel wir woher bekommen.

Um unsere Transparenzansprüche auch verbindlich zu machen, sind wir nun offizieller Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Als Unterzeichner müssen wir jederzeit Auskunft über 10 wichtige Kriterien unseres Vereins (zu sehen auf unserer Internetseite unter Transparenz) geben. Wir können jederzeit von der Initiative geprüft werden und aktualisieren die Daten regelmäßig. In einer Zeit, in der zivile Organisationen auf der einen Seite immer stärker angegriffen werden und es auf der anderen Seite immer mehr Organisationen gibt, deren eigentliches Ziel nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, gilt für uns der Angriff nach vorn: Vertrauen und Transparenz schaffen.

Niklas Müller

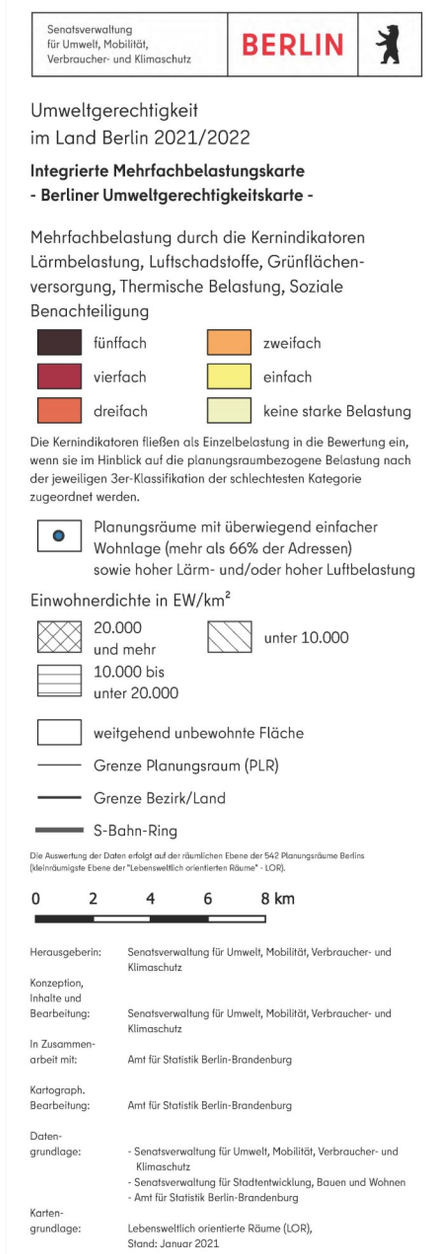
Umwelt(un)gerechtigkeit in Berlin

Umweltbelastungen treffen Neukölln härter als Steglitz-Zehlendorf

Es wird immer heißer in der Hauptstadt. Im Jahr 2020 war Berlin mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von 11,4 °C das wärmste Bundesland. Im Vergleich zu den Jahren von 1971 bis 2000 wird die durchschnittliche Tageshöchsttemperatur bis 2060 um bis zu 1,9 °C steigen.[1] Diese Temperatursteigerung erhöht die Wahrscheinlichkeit von Hitzesommern und Starkregenereignissen. Allerdings sind die einzelnen Bezirke und Einwohner*innen in Berlin unterschiedlich stark betroffen. Deswegen hat die Stadt in Bezug auf Klimaanpassung und Umweltgerechtigkeit noch einen langen Weg vor sich.

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit strebt an, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen wie Lärm, Hitze oder Luftschadstoffe in sozial benachteiligten Quartieren und Wohnlagen zu vermeiden oder abzubauen sowie ihren Bewohner*innen zur Entlastung den Zugang zu Umweltressourcen wie Grün-, Wasser- und Freiflächen zu ermöglichen.[2] Als Begründung wird u.a. erwähnt, dass eine kontinuierliche Lärmbelastung Herzerkrankungen oder Schlafstörungen hervorruft und eine erhöhte Feinstaubelastung zu einem frühzeitigen Tod führen kann. Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen abzubauen fördert somit nicht nur die individuelle Gesundheit einzelner, sondern reduziert auch die Kosten der Krankenkassen und folglich die allgemeinen Kosten für die Gesellschaft. Umweltbelastungen und -ressourcen sind in den meisten Städten jedoch ungleich verteilt. So sind einige Stadtteile aufgrund verkehrsbelasteter Straßen und hochverdichteten Gebäudebestands durch Luftverschmutzung, Lärm und Hitze gleich mehrfach belastet. Andere Bezirke zeichnen sich hingegen durch ruhige und grüne Wohngegenden aus, in denen Lärm und Luftschadstoffe die Gesundheit der Menschen weniger oder gar nicht beeinträchtigen und Grünflächen für alle fußläufig zu erreichen sind.[3]

Um die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bezirken abbilden zu können, hat die Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) als erste deutsche Stadt im Jahr 2019 den Basisbericht Umweltgerechtigkeit veröffentlicht. Dieser wurde 2022 aktualisiert und



als Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas herausgegeben.

Anhand der fünf Kernindikatoren Luftschadstoffe, Lärmbelastung, Bioklimatische Belastung (Hitze), Soziale Problematik und Grünflächenversorgung macht er die Umweltgerechtigkeit in Berlin messbar. Dabei schneidet Steglitz-Zehlendorf mit am besten ab. Der Bezirk weist relativ niedrige bis gar keine Umweltbelastungen bei fast allen Kernindikatoren auf, was in Abbildung 1 anhand der gelben bzw. grünen Flächen zu erkennen ist. Außerdem ist die Versorgung mit grün-blauer Infrastruktur sehr gut.[4] Unter dem Begriff werden zum Beispiel Parks, Gründächer, Fassadenbegrünungen sowie Seen und Flüsse zusammengefasst. So machen Vegetation und Gewässer 35,5 Prozent der Fläche aus und viele Einwohner*innen besitzen einen eigenen Garten. Allein ein Viertel der Fläche ist bewaldet. Damit ist der Bezirk einer der grünsten Berlins[5] und lässt vermuten, dass Umweltbelastungen mit steigender Dichte an Grünflächen abnehmen. Der Norden Neuköllns hingegen ist hochverdichtet und weist in einigen Gebieten bei drei bis fünf verschiedenen Kernindikatoren Umweltbelastungen auf. Zu erkennen ist dies an den dunkelorangen und dunkelroten Flä-

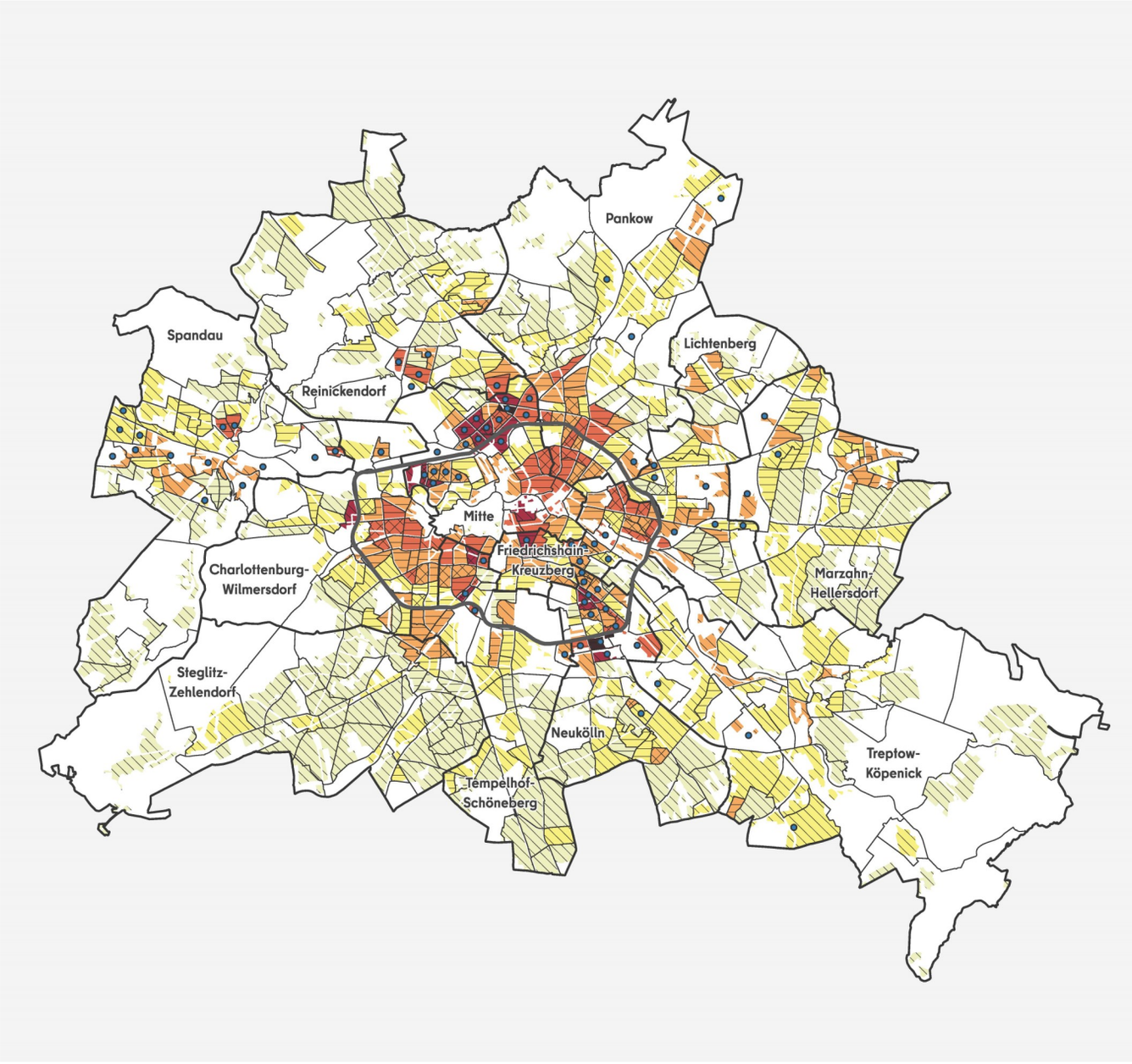


Abbildung 1: Integrierte Mehrfachbelastungskarte Umwelt und soziale Benachteiligung (SenMVKU, 2022)

chen in Abbildung 1.[6] Des Weiteren fehlt es an ausreichend grün-blauer Infrastruktur. Zwar sind 21 Prozent der Fläche des Bezirks Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen aber nur 3 Prozent Gewässer und Vegetation.[7]

Doch der fehlende Zugang zu Umweltressourcen ist nicht das einzige Hindernis Neuköllns auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit. Der Bezirk weist neben Mitte die höchste Ausprägung bei der sozialen Benachteiligung auf. Diese wird aus den Indikatoren Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Transferbezug der Nichtarbeitslosen berechnet.[8] Gleichzeitig ist der dicht bebaute Norden, in dem ein Großteil der Bevölkerung lebt, bei zwei oder mehr Kernindikatoren des Umweltgerechtigkeitsatlas von einer starken Belastung betroffen. Dies verdeutlicht, dass Menschen, die nahe des Zentrums leben und sozial benachteiligt sind, überproportional häufig Mehrfachbelastungen wie Lärm, Luftverschmutzung und Hitze ausgesetzt sind. Dadurch sind sie in Bezug auf Umweltqualität, Gesundheit und soziale Lage in besonderem Maße benachteiligt,[9] wodurch das Sterbealter in sozial benachteiligten Quartieren bis zu sechs Jahre unter dem städtischen Durchschnitt liegt.[10] So landet Neukölln beim Gesundheits- und Sozialindex der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (SenWGP) 2022 auf dem letzten Platz. Der Bezirk weist zum Beispiel eine der höchsten Arbeitslosenquoten und eine der niedrigsten mittleren Lebenserwartungen auf. Steglitz-Zehlendorf hingegen ist der Bezirk mit den geringsten sozialen und gesundheitlichen Belastungen und hat den niedrigsten Anteil an Wohnungen in einfacher Wohnlage.[11] Diese beschreibt Gebiete im inneren Stadtbereich, die überwiegend stark verdichtet sind und nur sehr wenige Grün- und Freiflächen aufweisen.[12]

Der Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas ist jedoch nur eine Bestandsaufnahme, der konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung von Umweltgerechtigkeit folgen müssen. Eine davon ist der Ausbau städtischer Grün- und Freiräume, die als Erholungsflächen zu einem gesunden Leben der Bevölkerung beitragen, indem sie Umweltbelastungen wie Hitze, Luftverschmutzung und Lärm reduzieren.[13] Zum Beispiel dienen Fassadenbegrünungen und Gründächer Gebäuden zur Isolierung und reduzieren die Kosten für Klimaanlagen im Sommer sowie für Heizungen im Winter. Straßenbäume und Parkanlagen kühlen wiederum im Sommer die Stadt, indem sie Schatten spenden und der Umgebung durch Transpiration[14] Wärme entziehen. In einem Einfamilienhaus mit Garten in Steglitz-Zehlendorf lässt sich ein heißer Sommertag also besser ertragen als in einer Dachgeschoss Wohnung im Norden Neuköllns. Des Weiteren reduzieren Grünanlagen das Risiko von Überschwemmungen, da sie Regenwasser durch Versickerung besser speichern können als versiegelte Flächen wie Straßen oder Parkplätze. Demnach wird ein Keller in Steglitz-Zehlendorf bei Starkregen weniger wahrscheinlich volllaufen als einer im Norden Neuköllns. Durch die Klimakrise nimmt die Wahrscheinlichkeit für Hitzewellen und Starkregenereignisse in den nächsten Jahren immer weiter zu. Deswegen ist der Ausbau Grüner Infrastruktur in dicht besiedelten Kiezen wie im Norden Neuköllns für die Klimaanpassung Berlins von entscheidender Bedeutung.

Mit Grün unterversorgte und sozial benachteiligte Wohngebiete müssen aus diesem Grund in der Stadtplanung und Bauleitplanung zukünftig als räumliche Handlungsschwerpunkte festgelegt werden. Außerdem sollte die Bauleitplanung auf die Sicherung der Luftqualität abzielen und dafür sorgen, dass beispielsweise Industrieanlangen in Wohngebieten vermieden werden. Die Stadtplanung sollte also gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleisten, indem Indikatoren wir bauliche Dichte, Besonnung und Belüftung mitgedacht werden.[15] Zum Beispiel fördern zusammen-

hängende, hindernisfreie Gebiete vom Umland bis ins Stadtgebiet, sogenannte Frischluftschneisen wie die Spree und das Tempelhofer Feld, im Sommer den Luftaustausch und die Kühlung der Stadt. Demnach sollten vorhandene Frischluftschneisen auf jeden Fall beibehalten und neue geschaffen werden. Dabei dürfen aufkommende Zielkonflikte wie der Ausbau bezahlbaren Wohnraums aufgrund des akuten Wohnungsmangels natürlich nicht außer Acht gelassen werden.

Zur Verminderung der Lärmbelastung und dem Schutz ruhiger Gebiete dienen Lärmaktionspläne wie der Berliner Lärmaktionsplan 2019-2023, die auf Basis einer Lärmkartierung und der Beteiligung der Öffentlichkeit konkrete Maßnahmen entwickeln. Dazu zählen die Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten, der Einbau lärmoptimierter Fahrbahnoberflächen sowie längerfristige Ansätze zur Mobilitätswende. Letzteres ist auch eine effektive Klimaschutzmaßnahme, um die CO_2-Emissionen zu reduzieren. Zum Beispiel fällt der Umstieg vom Auto auf das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel deutlich einfacher, wenn der Ausbau von Fahrradwegen und des öffentlichen Nahverkehrs dem Bau einer neuen Autobahn vorgezogen wird. Letztlich gibt es von Seiten der Stadt einige weitere Bestrebungen die Umweltgerechtigkeit in Berlin zu fördern. Dazu werden zum Beispiel in dem Luftreinhalteplan für Berlin, der Charta für das Berliner Stadtgrün oder dem Aktionsbündnis Hitzeschutz Maßnahmen zur Reduzierung von Luftverschmutzung, Förderung grüner Infrastruktur und Vorbereitung von Gesundheitsakteur*innen auf Hitzewellen erläutert.

Mit dem Umweltgerechtigkeitsatlas ist Berlin den ersten Schritt in eine umweltgerechtere Zukunft gegangen. Doch das Ziel bleibt in weiter Ferne. Deswegen arbeitet das UfU derzeit an einem Praxisleitfaden zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeit in Berliner Quartieren mit dem Ziel, die konkreten Bedarfe und Erfahrungen der Quartiersmanager*innen in benachteiligten Bezirken aufzugreifen und sie bei der Förderung von Umweltgerechtigkeit zu unterstützen. Anfang Mai lud der Kongress „Umweltgerechtigkeit im Quartier – Vernetzt und partizipativ Zukunft gestalten“ außerdem Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Forschung und Praxis ein, sich rund um das Thema Umweltgerechtigkeit in Berlin auszutauschen und Schnittstellen künftiger Zusammenarbeit auszuloten. Der hybride Kongress wurde vom UfU und dem BUND Berlin organisiert und von der SenMVKU gefördert. Zuletzt lässt sich noch sagen, dass in Umweltgerechtigkeit das Wort „Recht“ steckt. Doch Rechte sind nur so stark wie ihre Umsetzung. Aus diesem Grund müssen der regen Diskussion über Umweltgerechtigkeit in Berlin nun auch konkrete Taten folgen.

Quellenverzeichnis:

1. Auswirkungen des Klimawandels, In: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, 2023
2. Bolte, Gabriel et al (2012): Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Eine Einführung in die Thematik und Zielsetzung dieses Buches, In: Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven, S. 15-37
3. Böhme, Christa et Al. (2023): Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis, In: Umweltbundesamt Broschüren
4. Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (2022): Die Umweltgerechte Stadt – Umweltgerechtigkeitsatlas Aktualisierung 2021/22
5. Flächennutzung in Steglitz Zehlendorf, Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, September 2021
6. Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (2022): Die Umweltgerechte Stadt – Umweltgerechtigkeitsatlas Aktualisierung 2021/22

7. Gebietsflächen in Neukölln, Statistisches Jahrbuch 2020 / Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Bezirksamt Neukölln, 31.12.2019
8. Bericht Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2021, In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Bauen und Wohnen
9. Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (2022): Die Umweltgerechte Stadt – Umweltgerechtigkeitsatlas Aktualisierung 2021/22
10. Böhme, Christa et Al. (2023): Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis, In: Umweltbundesamt Broschüren
11. Referat für Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, Gesundheitsinformationssystem, Statistikstelle, Senatsverwaltung für Wissenschaft Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Berlin (2022): Gesundheits- und Sozialstrukturatlas Berlin 2022
12. Berliner Mietspiegel 2023, Wohnlage, In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
13. Böhme, Christa et Al. (2023): Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis, In: Umweltbundesamt Broschüren
14. Pflanzenforschung, Transpiration, In: Pflanzenforschung.de, Bundesministerium für Bildung und Forschung

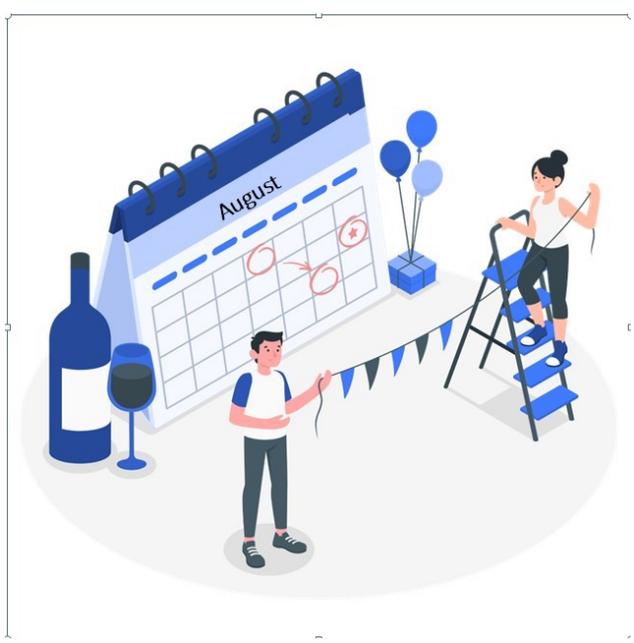
UfU Gesamt

UfU Mitgliederversammlung

Wir laden zur jährlichen Mitgliederversammlung ins UfU ein

Das UfU lädt alle Mitglieder herzlich zur jährlich stattfinden Mitgliederversammlung ein. Am Mittwoch den 30. August treffen wir uns zu jährlichen Versammlung im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin. Unter anderem wählen wir einen neuen Vorstand und beschließen den neuen Haushaltsplan. Anschließend lädt das UfU zu einem Grillfest ein.

Noch kein Mitglied? Kein Problem. Das UfU sucht immer nach Menschen, die unsere Arbeit inhaltlich oder finanziell unterstützen und bereichern möchten. Zivilgesellschaft lebt von Engagement. Wir freuen uns auf deine neue Mitgliedschaft. Einfach den QR-Code scannen.



UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

SCAN ME

UfU Gesamt

UfU erhält BNE-Auszeichnung der UNESCO-Kommission

Für die Arbeit im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Bildung für nachhaltige Entwicklung

unesco
Deutsche UNESCO-Kommission

Wandel braucht eine transformative Bildung, die Menschen dazu befähigt, eine nachhaltige Zukunft selbst mitzugestalten. Um selbst Veränderungen anzustoßen, benötigen wir Kompetenzen, die es uns ermöglichen, die komplexen Zusammenhänge zwischen der ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung zu erkennen.

Durch einen kontinuierlichen & partizipativen Lernprozess erleben wir, wie wir an ganzheitlichen Lösungen mitarbeiten können, um den Krisen unserer Zeit zu begegnen. Dieser Lernprozess wird vom Ansatz der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ermöglicht. Dieses Bildungsverständnis ist seit vielen Jahren Grundlage unserer Bildungsangebote. Dafür wurden wir mit der nationalen BNE-Auszeichnung des BMBF und der UNESCO-Kommission in München ausgezeichnet.

Die „Nationale Auszeichnung – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ würdigt Lehr- und Lernangebote, die dazu beitragen, eine lebenswerte, nachhaltige Gesellschaft durch die Transformation der deutschen Bildungslandschaft aufzubauen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist dabei kein Thema, welches punktuell auftaucht, sondern ein Bildungskonzept, welches grundsätzlich angewandt werden sollte, mit dem Ziel die Menschenwürde und Chancengerechtigkeit für alle in einer intakten Umwelt sicherzustellen.

In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist die Umsetzung von BNE als Ziel für die Weltgemeinschaft festgeschrieben. Das 2020 gestartete UNESCO-Programm BNE 2030 zielt darauf ab, die strukturelle Verankerung von BNE im gesamten Bildungssystem voranzubringen. In Deutschland wird sie auf Grundlage des Nationalen Aktionsplans BNE umgesetzt.

Diese Auszeichnung ist für das UfU eine große Motivation und ein Zeichen, dass unsere Arbeit wertgeschätzt wird.

Wir bedanken uns für die Ehrung und freuen uns, mit vielen anderen Akteur*innen den nötigen Wandel voranzutreiben – mit Kopf, Herz und Hand!

Unterstützen Sie uns!

Gemeinnützige Organisationen leben von ihren Mitgliedern. Das UfU stößt umweltgerechte Entwicklungen und Prozesse an. Es initiiert und betreut angewandte wissenschaftliche Projekte, Aktionen und Netzwerke und setzt sich für mehr Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft ein. Dabei benötigen wir Ihre Hilfe.

Heute unterstützen ca. 200 Mitglieder und Spender*innen die Tätigkeit unseres Instituts mit ihren Beiträgen, Spenden und Aktivitäten. Gehören Sie auch dazu!

Mitglied im UfU werden!

Das UfU freut sich sehr über neue Mitglieder. Sie erhalten nicht nur all unsere Publikationen kostenlos und werden zur Mitgliederversammlung eingeladen, sondern können auch Ihren zivilen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Schauen Sie sich doch gerne mal auf unserer neuen Mitgliederseite (www.ufu.de/ufu-mitglieder/) um.

Einfach Spenden – per Überweisung

Wir freuen uns über jede Spende zur Unterstützung unserer Arbeit. Ihre Spende können Sie direkt auf unser Spendenkonto bei der Saalesparkasse Halle überweisen:

Saalesparkasse Halle
IBAN: DE67 8005 3762 0387 0111 81
BIC: NOLADE21HAL

Bitte beachten Sie: Spenden bis zu 200,00 Euro sind bei Vorlage des Kontoauszuges beim Finanzamt absetzbar; wir stellen Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung aus. Bitte schicken Sie uns dafür Ihre Kontaktdaten an info@ufu.de.

Für Spenden via PayPal einfach den QR-Code scannen:

UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen

SCAN ME

Anmerkungen der Redaktion

Wenn wir uns in unseren Artikeln auf Frauen, Männer und Menschen anderen Geschlechts beziehen, verwenden wir in der Regel das sogenannte „Gendersternchen".

In einigen Passagen haben wir darauf aus Gründen der Leserlichkeit verzichtet. Nichtsdestotrotz möchten wir mit unseren Artikeln alle interessierten Menschen ansprechen, unabhängig von Geschlecht oder sonstigen Merkmalen.

Die Druckversion dieser Zeitschrift wurde CO_2-neutral gedruckt!

IMPRESSUM
UfU Informationen
Ausgabe 9, Juli 2023

Herausgeber: Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)

Redaktion: Jonas Rüffer, Niklas Müller

Kontakt zur Redaktion über das Berliner Büro: Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel: 030 4284 993 36

Mail: jonas.rueffer@ufu.de